

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 gespaltene Kolonnen-Beile 50 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Drey, Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Dies Dulden ist unser unendlich Verschulden!

Kurz vor der deutschen Revolution des vorigen Jahrhunderts, im Jahre 1846, veröffentlichte der sozialistische Dichter Karl Beck ein Buch: „Nieder vom armen Mann“, worin er in ergreifenden Versen das Elend des damaligen Proletariats befang. In einem dieser Gedichte tritt der klaffende Gegensatz zwischen arm und reich in folgenden Worten deutlich und drastisch zutage:

„Ihr Reichen könnt euch pfeifen und mähen,
Wir haben für euch nach Kohlen und Ästen,
Wir haben und stieren vor euren Palästen,
Euch euch ist wohl und euch ist warm.
Dies Dulden ist unser unendlich Verschulden,
Denn darum, ja darum sind wir arm.“

Der Dichter, als Vorkämpfer der veredelten Massen, will damit sagen: Das wir arm sind, ist unser Unglück; aber wir sind nicht schuld daran, daß wir im Elend sitzen, denn der Kapitalismus hat uns mit unbarmherziger Gier hinabgestoßen in den Abgrund körperlicher und geistiger Not. Aber daß wir uns dies Elend gefallen lassen, das ist unsere große Schuld, daß wir es dulden, wie man uns schändet und ausbeutet, das ist unser unendlich Verschulden. Nicht an seinem Elend trägt das Proletariat die Schuld, wohl aber an der Fortdauer dieses Elends — das ist die bittere Wahrheit, die der Dichter seinen Zeitgenossen und auch uns entgegenschleudert, das ist ein Vorwurf, der uns die Schamröte ins Gesicht treiben muß.

Ober ist es nicht eine Schande für das Proletariat, daß noch heute, nach mehr als 60 Jahren, in seinen Reihen zahlreiche Menschen existieren, die wie die Lasttiere dahintraben, die sich alles aufbürden lassen, ohne dagegen aufzukommen? Ist es nicht eine Schmach, daß es noch heute Hunderttausende von Menschen gibt, die wohl instinktiv ihr Elend empfinden und sich nach einem besseren Dasein sehnen, die sich aber nicht dazu aufraffen können, tatkräftig um ihre Befreiung zu kämpfen? Daß nach all der Agitations- und Organisationsarbeit der letzten Jahrzehnte noch soviel Gleichgültigkeit und Unverständnis in der großen Masse vorhanden ist, muß den Unwillen aller der Klassenbewußten erregen, die ihre beste Kraft im Dienste der Arbeiterbewegung aufgebracht haben. Hiergegen kommt alle Massenverhimmelung, wie sie in letzter Zeit Mode geworden ist, nicht auf, denn es ist eine traurige Tatsache, daß die unorganisierte Masse noch allzu groß und daß die aktive Mitarbeit in den Reihen der organisierten Proletarier noch allzu gering ist. Dieses Bewußtsein soll uns aber nicht mutlos machen, im Gegenteil, es soll uns anspornen, nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Mann und die letzte Frau zu zielbewußten Mitkämpfern erzogen ist.

Was den Fortschritt der Arbeiterbewegung in allererster Linie hemmt, das ist die „verfluchte Bedürfnislosigkeit“, um mit den Worten Lassalle zu reden, die sich schließlich alles bieten und nehmen läßt, ohne energisch dagegen Einspruch zu erheben. Ferdinand Lassalle, der große Volksfreund, brach schon vor 50 Jahren in die unmutvolle Lage aus: „Den englischen und französischen Arbeitern braucht man nur den Weg zu zeigen, wie ihnen zu helfen ist, auch deutschen Arbeitern aber muß man erst beweisen, daß es auch überhaupt schlecht geht. Das kommt von eurer verdammten Bedürfnislosigkeit!“ So schlimm ist es allerdings heute nicht mehr, aber immerhin hält die Bedürfnislosigkeit noch immer Millionen von Menschen im Elend zurück. Die einen leben dumpf und stumpf sinnig dahin und durch die Gewohnheit ist ihr Gemüt verhärtet und abgestumpft, die andern meinen, es müßte so sein, denn es sei immer so gewesen und werde auch immer so bleiben, wieder andre können sich nicht zu dem Gedanken aufschwingen, daß eine Zeit kommen wird, in der jeder Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen wird, endlich gibt es auch noch Menschen, die ihr elendes Leben in Geduld und Ergebung tragen, weil sie hoffen, daß sie im Jenseits dafür entschädigt werden. Allen diesen Armen und Bedauernswerten müssen wir die Ueberzeugung beibringen, daß ihre Bedürfnislosigkeit keine Tugend, sondern ein Verbrechen an der Menschheit ist, wir müssen ihnen nachweisen, daß die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden von jeher die wichtigste Triebkraft in der menschlichen Entwicklung war und daß die Sehnsucht nach besseren Zuständen stets der bedeutendste Hebel des Fortschritts gewesen ist. Wie stünde es wohl heute um uns, wenn unsere Vorfahren, die alten Deutschen, bedürfnislos und zufrieden gewesen wären! Wir würden noch heute Eicheln essen und in Erdhöhlen wohnen und als barbarische Halbtiere würden wir ihn den Wäldern hausen. Aber weil unsere Vorfahren bessere Nahrung und Wohnung und Kleidung erstrebten, weil sie höhere Genüsse ersehnten und als Mensch unter Menschen leben wollten, deshalb haben sie ihren Geist angestrengt und ihre Muskeln in Bewegung gesetzt, um neue Bedürfnismöglichkeiten zu schaffen. Solange ein Volk, nach Art der unvernünftigen Tiere, in seiner Bedürfnislosigkeit verharre und in dumpfer Gleichgültigkeit dahinglebe, solange konnte von einem

Vorwärtsschreiten, von einer Aufwärtsentwicklung nicht die Rede sein.

Aber von dem Augenblick an, als die Menschheit sich der Kultur zuwandte und höhere Ansprüche ans Leben stellte, setzte der Fortschritt ein; nun riß sie sich von der Tierheit los und die Menschwerdung des Menschen begann. Mensch sein — was heißt es denn anders, als Mittel und Wege zu erkennen, um alle Naturschätze und Kulturgüter sich dienlich zu machen, als sich neue, höhere Bedürfnisse anzueignen und diese in edler Weise zu befriedigen. Je höher und edler die Bedürfnisse sind, desto höher und edler steht der Mensch da. Wohl meinte der alte Grieche Diogenes, der in einem Fasse wohnte und sich die Sonne in den Hals scheinen ließ, daß wenig zu bedürfen der Gottheit am ähnlichsten sei, aber wir modernen Menschen haben gelernt, daß das Menschenideal darin besteht, sich der Kulturerrungenschaften in reichstem Maße zu bedienen. Die Götter, von denen uns die Sage erzählt, lebten wunschlos und bedürfnislos und ernährten sich vom Tau des Himmels, auch im Paradies sollen die Menschen ohne grobmaterielle Bedürfnisse gelebt haben; wir Gegenwartsmenschen aber haben alle möglichen Bedürfnisse und müssen uns bemühen, sie in ausreichender Weise zu befriedigen. Auch unsere Vorfahren rangen seit Jahrtausenden um die Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Wie ein roter Faden zieht sich durch die ganze Menschheitsgeschichte das Bestreben hin, mit möglichst wenig Arbeit sich möglichst viel Genuß zu verschaffen. Darum zähmte der Mensch wilde Tiere und machte sie zu seinen Gehilfen bei der Arbeit, darum stellte er immer bessere Werkzeuge her, darum zwang er die Naturkräfte, wie Wasser, Luft, Dampf und Elektrizität in seine Dienste, da erfand er die wundervolle Arbeitsmaschine und darum erfand er immer neue Arbeitsweisen, um seine Leistungsfähigkeit zu steigern.

Und der Erfolg dieses Strebens ist nicht ausgeblieben, denn in der Tat ist die Leistungsfähigkeit der menschlichen Arbeit ganz ungeheuer gestiegen. Heutzutage kann ein Arbeiter mit Hilfe der Maschinenteknik zehnmal und hundertmal, ja nicht selten tausendmal soviel fertig bringen, wie ein Arbeiter früherer Zeiten. Schlimm ist es nur, daß dieser Ueberfluß an Gütern vielfach den Kapitalisten zugute gekommen ist, daß sich der Reichtum wie ein Füllhorn über die Kapitalistenklasse ausgegossen hat. Und darum ist es ein solch blutiger Hohn, daß die reichen Leute, die im Wohlleben und im Luxus stecken bis an den Hals, den armen Arbeitern Verschwendung und Entfaltung predigen. Und hier zeigt sich die große, schwere Schuld des Proletariats, daß es diesen heuchlerischen Tönen sein Ohr leiht, daß es auf alle früheren Genüsse verzichtet, ja sogar manchmal am Notwendigsten Mangel leidet, damit die Reichen ungefürt schwelgen und prassen können. Dieses Dulden — wer möchte es leugnen? — ist unser aller Verschulden, es ist der Fluch, der seit Jahrtausenden auf der darbenenden Menschheit ruht.

Schwindelassen-Praktiken.

Alle Voraussicht nach steht auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung eine gewisse Umwandlung bevor, die auch an den Schwindelassen nicht spurlos vorübergehen wird. Es scheint nun, daß gegenwärtig schon die Verhältnisse für diese Art Kassen durch die Einwirkung der öffentlichen Meinung, und zum geringen Teil auch durch die behördliche Aufsicht, sich so zugespitzt haben, daß sie sich nur noch mit den verzweifeltsten Mitteln zu behaupten vermögen. Was darin neuerdings von den verschiedensten Privatrentenlassen, Versicherungsvereinen und -anstalten geschieht, ist, soweit die Beschränkung für die mit diesen Unternehmungen berufsmäßig in Verbindung stehenden Gemeinheitsmitglieder, die Vertrauensleute und nicht zuletzt für die in den Gewerkschaftsbüros und Arbeitersekretariaten Tätigen ist von Zeit zu Zeit eine orientierende Zusammenkunft notwendig, zumal diese Art Kassen erfahrungsgemäß weite Gebiete zu beglücken suchen und am Sitz ihrer Verwaltung die wenigsten Mitglieder zählen.

Im Vorjahre haben eine Anzahl dieser Kassen den Versuch unternommen, durch einen Schuterverband sich gegenseitig zu helfen. Der Schuterverband ist seitdem verfallen, die Kasse „Fortuna“ in München, die im Vorjahre den Vorsitzenden des Schuterverbandes stellte, existiert nach einem sehr unglücklichen Ende auch nicht mehr, und der letzte Vorsitzende des Schuterverbandes, Buchdruckereibesitzer Eichenhardt in Kassel, konnte ihn auch nicht mehr retten; er hatte genügend mit der von ihm geleiteten und gegründeten Kasse „Germania“ zu tun. Diese hatte nicht nur eine innere Krise zu bestehen, die zum Austritt einer Anzahl der durch das Treiben angewiderten Vorstandsmitglieder führte, sondern der Polizeipräsident von Kassel warnte auch nachdrücklich vor ihr, weil zwischen Einnahmen und Ausgaben, speziell den für Verwaltungskosten, ein gar zu großes Mißverhältnis obwaltete, jede finanzielle Sicherheit für die Ansprüche der Versicherten fehlte. Und beim Erscheinen dieser Zeilen wird wohl das Schicksal der Kasse schon entschieden sein.

Der Krankenunterstützungsverein in Kassel und der Münchner „Fortuna“ folgte zunächst die „Allgemeine deutsche Kranken- und Begräbnisversicherung“ in Eisenach, die am 28. Januar 1910 vom Bezirksamt aufgelöst wurde. Der dadurch um seine Existenz gekommene Direktor Jäger übernahm schnell eine Bezirksdirektorstelle bei der ihm gesunungsverwandten „Allgemeinen Kranken-Versicherung“ in Chemnitz und berief zum 11. März 1910 nach Eisenach eine Generalversammlung der Mitglieder seiner aufgelösten Kasse ein, in der der Uebertritt der nicht mehr existierenden Kasse in die gleichartige in Chemnitz „beschlossen“ wurde. Wie viele Mitglieder diesen Beschluß saßen, ist nicht bekannt geworden. Die Chemnitzer Kasse erließ die notwendigen Ausschreibungen, um die verwaisten Mitglieder, soweit sie noch nicht genug gebraucht waren, zu sich herüberzuziehen in eine, wie es so schön hieß, „materiell fester dastehende Kasse“. — Wesentliche und private Warnungen wurden sofort beim Bekanntwerden dieses einzigartigen Uebertritts erlassen. Die ihren Zweck wohl auch nicht verfehlten und deren Notwendigkeit und Berechtigung nach einigen Wochen dadurch erhärtet wurde, daß die Chemnitzer Kasse am 9. Juli 1910 ihre Auflösung beschließen und Unterhandlung bei der

Bayerischen Versicherungsanstalt, E. G. in München“ suchen mußte. Warum der Anschluß gesucht wurde, bedarf keiner weiteren Ausführungen; was es aber mit ihrer eigenen und der Sicherheit der Bayerischen Versicherungsanstalt, und namentlich mit der zu Bekanntheitszwecken verbreiteten Behauptung, daß die vereinigen Kassen über einen Vermögensbestand von annähernd 200 000 M. verfügten, — ein Bewandnis hatte, ergab eine Auskunft der Münchner Polizei, nach der bei der „bodenständigen“ Münchner Kasse ein Garantiefonds von 100 000 M. nicht vorhanden sei. Die Mitglieder der Allgemeinen Krankenversicherungskasse Chemnitz, denen von ihrer Kasse beim Uebertritt in die Münchner ausdrücklich alle Rechte garantiert worden waren, wurden noch besonders dadurch geprellt, daß sie nur dann Aufnahme fanden, wenn sie die Bedingungen des Statuts der Bayerischen Versicherungsanstalt entsprachen, die sich eine Aufnahme in jedem einzelnen Falle vorbehält und von einer genauen Prüfung abhängig machte. Diesen Tatbestand gab die Münchner Polizeibehörde Mitte Dezember 1910 bekannt und verwies noch ausdrücklich auf den Umstand, daß der Verfasser des mit dem Uebernahmevertrag nicht übereinstimmenden Rundschreibens, der frühere Direktor Bauer, jetzt in Chemnitz Filialdirektor der Münchner Kasse sei. — Schwindel überall.

Ein ähnliches Unternehmen ist die „Süddeutsche Versicherungsanstalt in Straßburg“, die, erst in Straßburg gegründet, vorübergehend in Karlsruhe ihren Sitz hatte, neuerdings aber wieder von Straßburg aus ihre „volksbeglückende“ Tätigkeit ausübt. Sie hatte nach einer Warnung des Bezirksamts Karlsruhe nur ein ganz unbedeutendes Reinvermögen, an Mitgliederbeiträgen einen Rückstand von 9500 M., die zum größten Teil uneinbringlich waren. Der Summe der eingegangenen Mitgliederbeiträge stand ein Verwaltungsaufwand in etwa gleicher Höhe gegenüber. Von einer hohen finanziellen Sicherheit könne also keine Rede sein. — Anfang Januar 1911 erging nun noch von Bochum aus eine Warnung vor zwei unrelativen Hilfsklassen, und zwar von der „Rheinisch-Märkischen Krankenunterstützungs-Kasse in Bochum“, die laut einer behördlichen Revision 82 Prozent der Einnahmen für Verwaltungszwecke ausgab, und vor der „Deutschen Krankenunterstützungs-Kasse in Werne“ bei Langendreer, die sogar 94,40 Prozent der Gesamteinnahme allein für Verwaltung verausgabte.

Wie die ungeheuren Verwaltungskosten entstehen können, zeigte uns eine Auseinandersetzung einiger Agenten solcher Kassen mit diesen selbst. Danach zählt die Kranken-, Sterbe- und Unfallversicherungsanstalt „Rheinland“ in Landsweiler-Weiden ihren Bezirksdirektoren folgende Bezüge:

- 1. die Aufnahmegebühr für jedes neue Mitglied 2 M.;
- 2. den ersten Monatsbeitrag jedes neuen Mitgliedes;
- 3. 12 Proz. Inzestprovision vom zweiten Monat an;
- 4. eine Abholgebühr von 10 Pf. pro Monat und Mitglied;
- 5. 6 M. Bureauausgaben für je 50 zahlende Mitglieder;
- 6. 20 M. Fahrloshonorar für je 40 Neuzugnahmen pro Monat;
- 7. 50 Pf. für jede „überwiegende“ Krankentontrolle.

Die Allgemeine deutsche Krankenkasse in Stuttgart, mit der wir uns noch etwas beschäftigen müssen, zählt ihren Agenten folgendes:

- 1. 2 M. Aufnahmegebühr;
- 2. 50 Proz. Erwerbprovision vom ersten Monatsbeitrag;
- 3. 50 Pf. Einschreibgebühr;
- 4. 12 Proz. Inzestprovision vom zweiten Monat ab;
- 5. 10 Pf. Abholgebühr pro Monatsbeitrag;
- 6. 50 Pf. für jede Krankentontrolle;
- 7. 1 M. für Meldung einer Ueberretung der Statuten im Krankheitsfall.

Wie handelt es sich um Kassen, die schon einige Zeit existieren, was mögen erst ganz neue aufwenden, um erst Agenten für den Mitgliederfang zu werben!

Berfolgt man die Ausbreitung der Kassen genauer, dann läßt sich geradezu von einer epidemienartigen Entwicklung sprechen; ein Schulbeispiel dafür ist Stuttgart. Hier gab es bis 1908 wohl Agenturen verschiedener, heute längst vergeblicher Krankenkassen, aber keine am Orte domicilierende Kasse. Ein Agent der schon erwähnten deutschen Krankenunterstützungs-Kasse in Kassel hatte bei dieser Tätigkeit so viel gelernt, daß er mit einigen gleichgesinnten Seelen, um dem dringenden Bedürfnis — in ihrem Geldbeutel zu genügen, eine neue Kasse, die Württembergische Privatrenten-Kasse, gründete, die wohl im ganzen, entsprechend der hier strengeren Aufsicht etwas reeller als ihre Mutter, sonst aber eine getreue Kopie derselben war. Ein Vertreter der Württembergischen Privatrentenkasse, namens Stein, empfand auch das ersehnte dringende Bedürfnis und gründete die Allgemeine deutsche Krankenkasse Stuttgart. Ein späterer Agent der Kaffeler Unterstützungs-Kasse, namens Schöner, „machte“ die Reichskrankenkasse Stuttgart und rief, als diese nicht floh, in Heidelberg die „Kranken-Versicherungsanstalt“ ins Leben, die sich aber nach kurzer Existenz in zwei Unternehmen gleichen Namens, eine in Heidelberg und die andere in Singheim, teilte. Ausgelernete Agenten gründeten in Stuttgart weiter noch den „Deutschen Krankenversicherungsverein“ und in den letzten Monaten des Jahres 1910 die „Stuttgarter Kranken- und Sterbe-Versicherungsanstalt“. Erhiere geht neue Bahnen. Wäßer war man es gewohnt, daß minderwertige Zeitungen und Zeitschriften für ihre Abonnenten eine Versicherungseinrichtung trafen; Beispiele anzuführen ist unnötig, da solche jedem Leser bekannt sind. Hier war es umgekehrt, der „Deutsche Krankenversicherungs-Verein“ bezug. sein jüngerer Leiter, der Buchhändler Ad. Ebert in Stuttgart, gründete die „Mittelungen des D. Kr.-Ver.-Vereins“, die in unbestimmter Reihenfolge erscheinen, wogegen aber die Unterhaltungsbeilage „Das hilfbereite Familienblatt“ liefern. Der wöchentliche Beitrag für alles zusammen ist nur 25 Pf., wofür es außer dem nötigen Wurstpapier auch noch 1 M. Krankengeld pro Tag bis zu 26 Wochen, 40 M. Sterbegeld, freie ärztliche Behandlung mit freier Arznei, auch beim Naturarzt, gibt. Für doppeltes Krankengeld gibt es auch doppelte Leistungen, die Zeitschrift aber nur einmal, so daß für die Mitglieder die niedrigste Klasse die rentabelste ist. — Die „Stuttgarter Kranken- und Sterbeversicherungsanstalt“ nimmt als Mitglieder nur solche Personen an, die im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind; das ist insofern zweckmäßig, wenn es auch nicht ausdrücklich gesagt ist, daß die Direktoren auch mit dieser Eigenschaft ausgezeichnet sein müssen, was nicht überall der Fall war, und keine Mängel schon wiederholt bei Zusammenbrüchen von Kassen gezeigt hat.

Alle Schönheiten dieser Kassen anzuführen, geht hier zu weit. Ausnahmlos haben sie Leistungen aufzuweisen, vor denen die zentralisierten Hilfsklassen der Arbeiterkassen und erst recht die Ortsrentenklassen vor Reiz verfallen müssen. Keryliche Untersuchung vor der Aufnahme ist nicht nötig. Der Antragsteller hat nur die Erklärung abzugeben, daß er noch nicht krank war, zeitlebens gesund gewesen ist. Der Agent berührt etwaige Gewissensbisse mit der Versicherung, daß es nicht so genau darauf ankomme, kurz, die Aufnahme wird vollzogen, die Beitragszahlung beginnt. Im Krankheitsfall ist es freilich anders. Da kommt es zumeist so, wie der ärztliche Verein für Württemberg in nachstehender Anündigung schreibt:

Die Vereinigung der Württembergischen Vereine für freie Arztwahl, der Ehlinger Delegiertenverband, hat beschloffen, künftig Mitglieder von Krankenunterstützungs-Kassen nicht mehr auf Kassenrechnung, sondern nur noch als Privatpatienten zu behandeln und Krankheitsbezeugungen für solche Kassen und für private Zuschußklassen nur noch auf dem vom Ehlinger Delegiertenverband entworfenen Formular auszufüllen, die Ausfertigung der eigenen Formulare dieser Kassen aber stets zu betreiben.

Der Grund für diesen Beschluß liegt darin, daß in den letzten Jahren die Patienten und die Ärzte durch Schwindelbellen um beträchtliche Summen betrogen wurden. Ferner darin, daß die Privatkrankenpfleger und ähnliche Klassen ihren Mitgliedern die Auszahlung von Krankengeld verweigern, wenn das von der Klasse entworfene, sehr umständliche Formular nicht vollständig ausgefüllt ist. Die Fragen sind aber so gestellt und die Satzungen der Klasse so gehalten, daß die Klasse, wenn alle Fragen wahrheitsgetreu beantwortet werden, fast immer aus dem ärztlichen Kreise einen Grund ableiten kann, aus dem sie dem Patienten sein Krankengeld vorenthalten berechtigt ist. So wurde häufig jede Unterstützung verweigert, wenn vom Arzt bescheinigt wurde, daß der Patient früher einmal an einer ähnlichen Krankheit gelitten habe, oder daß etwa an demselben Körperteil schon einmal eine Krankheit bestanden habe, auch wenn zwischen der früheren und der neuen Erkrankung keinerlei ursächlicher Zusammenhang bestand.

Es kann nicht Sache der Ärzte sein, zu einer planmäßigen Schädigung der Patienten die Hand zu bieten. Nachdem sich gezeigt hatte, daß Aufsichtsbehörden und Gerichte den bestehenden Umständen gegenüber machtlos sind, trat an die Ärzte die Frage heran, ob sie nun nicht ihrerseits jede Mitwirkung verweigern wollen. Künftig werden Klassen sich nicht mehr auf das ärztliche Zeugnis berufen können, wenn sie ihre Mitglieder um ihre Unterstützung pressen wollen. Da alle Ärzte, die für die Klassenmitglieder in Frage kommen, die Formulare verweigern, wird man die Klassen zwingen können, auch gegen eine einfache Bescheinigung der Erwerbsunfähigkeit auszugehen. Auf die Dauer werden sie überhaupt nicht weiterbestehen können, wenn sie nicht ihre Satzungen zugunsten der Versicherten in wichtigen Punkten ändern. Das beste Mittel bleibt allerdings noch wie vor, sich mit solchen zweifelhaften Klassen gar nicht einzulassen. Durch die gemeinschaftlichen Hilfskassen kann dem Bedürfnis nach Zuschußversicherung genügt werden.

Die Ärzte haben aus ihren Erfahrungen den treffendsten Entschluß gezogen, und dieses Vorgehen ist nur zu begründen, da es geeignet ist, den größten Teil der Klagen der Versicherten unnötig zu machen; hoffentlich findet das Beispiel überall Nachahmung. Die bloße Verweigerung von Verträgen mit den Klassen durch die ärztlichen Organisationen, die schon mehrfach geschieht, tut es nicht; nur scharfe Mittel können dem Unfug steuern.

Für die organisierte Arbeiterklasse ergibt sich aber die dringende Notwendigkeit, auch ihrerseits das Vorgehen der Ärzte zu unterstützen. Zwar hat es die Gewerkschaftspressen in Mitteilungen über das Wesen dieser Art Klassen zumeist nicht fehlen lassen. Das ist aber noch nicht ausreichend. Es kommt noch immer vor, daß sich Mitglieder fast aller Organisationen zum Zutreiber solcher Klassen hergeben. In den Arbeitersekretariaten stellen sich immer und immer wieder Gewerkschaftsmitglieder vor, die durch einen „Freund“, Nebenarbeiter, Verbandskollegen zur Mitgliedschaft in einer dieser zweifelhaften Klassen veranlaßt wurden und bei den unaussprechlichen Schwierigkeiten mit der Klasse am Ende noch den Verband dafür verantwortlich machen wollen. Um das zu verhindern, muß durch die Gewerkschaftspressen und durch die örtlichen Verwaltungen unserer Verbände jedem einzelnen klar gemacht werden, daß eine solche Tätigkeit nicht zu verantworten ist, einen Verrat an den Prinzipien der Arbeiterbewegung darstellt und im Interesse der Organisation nicht gebilligt werden kann. Wenn nötig, müßten sich die Kongresse dagegen erklären. Hier klar und scharf vorzugehen, ist fast so wichtig, als der Kampf gegen die Schnapserei, der so außerordentlich erfolgreich geführt wird; auch hier liegen wichtige Interessen auf dem Spiele. R. Fette.

Aus dem Reichstage.

In der abgelaufenen Woche war der Reichstag 5 Tage beisammen und hat dabei die Beratung des Marineetat's. Während früher Marineminister die Meinung vertraten, daß Deutschland nur eine maritime Verteidigung seiner Küste und zum Schutze des Handels eine bescheidene Flotte notwendig habe, ist inzwischen ein vollkommener Wandel in den Anschauungen eingetreten, besonders seit dem Regierungsantritt des jetzigen Kaisers, der verkündete, daß Deutschland Plätze an der Sonne erwerben müsse. So hat denn die Wandlung der Anschauungen zur Schaffung einer deutschen Flotte geführt, welche unter den Staaten der Welt die dritte Stelle einnimmt. Natürlich sind auch die Ausgaben dafür Jahr um Jahr gewachsen. Und die zerrütteten Finanzen des Reiches sind nicht zum kleinen Teil auf den Flottenetatler zurückzuführen. Zur Erhöhung des Spartenums haben die jähwinkenden Kaiserin ihr volles Teil beigetragen. Deutschland besitzt nun 38 U-Boote, 20 große Kreuzer und 37 kleine Kreuzer. Seit dem Jahre 1900 sind 3222 Millionen Mark für die Marine ausgegeben worden. Die Steigerung der Ausgaben von Jahr zu Jahr erkennt man am besten, wenn man 1901 in Vergleich bringt zu dem jetzigen Etatsjahr. Die tatsächlichen Ausgaben waren 1901 194,8 Millionen Mark. Der Etatsantrag für 1911 ist dagegen 450,4 Millionen Mark. Eine Mehrung der Ausgaben um mehr als 100 Prozent. Die bürgerlichen Politiker, die grunzelnd auf dem Standpunkt stehen, daß Deutschland die Möglichkeit haben muß, mit der „gegründeten Faust dreinzufahren“ und deshalb auch weder eine Herabsetzung der Seerüstungen noch Einschränkungen oder Stillstand in den Rüstungen haben wollen, erblicken ihr Ziel in einer unzulänglichen Sparmaßnahme. So wagt im Jahre 1910 beizutreten, eine Regelung der Zafel- und Regaleider vorzunehmen. Für einen Tag Aufenthalt an Bord erhalten Tafelgelder: der Ober einer Flotte 32 Mk., der Ober eines Geschwaders, Befehlshaber der Aufklärungsflotte 22 Mk., Admirale eines Geschwaders, Befehlshaber eines Aufklärungsflottens und der Kommandant der kaiserlichen Flotte, wenn er den Dienstgrad eines Konteradmirals innehat, erhalten 15 Mk. Mit dem jeweiligen Dienstgrad gehen die Tafelgelder bis auf 100 Mk. herab. Das sind die neuen Sätze, die eine Herabsetzung erfahren haben. Bei dem ersten um 3,33 Prozent, im zweiten Fall um 23 Prozent, und im dritten um 32 Prozent.

Die von Tag zu Tag wachsenden Tafelgelder, die für die hier genannten Dienstgrade außerhalb der heimischen Gewässer bezahlt werden, sind 80, 45 und 30 Mark. Die letzten beiden Sätze haben eine Verringerung von 25 und 33 Prozent gegen die früheren erfahren. Aber es ist nicht der Mangel der hohen Bezüge geblieben. Auch die Gemeinen aus dem Maschinen-, Funkentelegraphen-, Mechaniker-, Artillerie-, Meschaniker-, Feuerpersonal, welche eine Zulage von 20 Prozent pro Tag bezogen, sind um diese gekommen. Die Leute, welche das Tafelgeld auf Erden durchgehenden haben, sollen die zwei Hadel auf dem Flottenetatler stehen. Das ist doch wirklich ein verführerisches Gebot, und außerdem fällt die Sparmaßnahme auch gar nicht zu Suche, um aber ganz empfindlich die betroffenen armen Leute. Das ist den Flottenetatler gleich. Die Sozialdemokratie bezieht in diesem Falle die Herabsetzung der alten Bestimmungen. Die Fortschrittliche Volkspartei ist für diesen Antrag an. Die Reichspartei, darunter auch wieder die Sozialdemokratie, lehnte ihn ab. Aber ganz seltsam die Sozialdemokratie nicht durchkommen. Durch die scharfe Kritik der sozialdemokratischen Redner Krosch und Bebbauer ist dem Programm wenigstens ein Scheitern von Tag gesehrt worden.

Dann hat die Sozialdemokratische Fraktion auf einem andern Gebiete Erfolg. Sie forderte in einer Resolution, daß Arbeiter und Arbeiterinnen für die Marineverwaltung nur an solche Stellen vergeben werden, welche in Beziehung auf die Arbeitsbedingungen die günstigsten Verhältnisse eingalten und sich verpflichten, zur Regelung und Sicherung der Lohn- und Arbeitsbedingungen auf dem höchsten Stande von Tarifverträgen einzutreten; daß weiter die Marineverwaltung die Befolgung der Bestimmungen von Arbeitsbedingungen in der Reichsmarineverwaltung unter Anwendung der Arbeitsvertragsbestimmungen.

Die Verbesserung dieser Resolutionen wollen die Gewerkschaften und Arbeitervereine der Marineverwaltung zu fassen, daß die jungen Arbeiterwaischen auf den Werften der Reichsmarine nicht haben, die sie haben müssen, daß die Arbeitsbedingungen auf den Werften unterworfen sind, gegen welche die Arbeiter sich wehren können, und daß die Arbeitgeber eine unbedingte Frage über die Arbeiter ausstellen können. Es ist doch überkommen, daß ein Arbeiter der Marineverwaltung vorgelassen wurde, ohne daß letztere ein Mittel der Wehr hätte. Das wird nun, daß die Gewerkschaften der Marineverwaltung für Pläne und Pläne, was der guten Absicht und Verwirklichung, ganz ungenügend zusammengekommen haben, ohne daß die Arbeiter in irgendeiner Weise für die Arbeiter der Marineverwaltung gebildet haben. Es kommt besonders die Firma Krosch in Frage, die die Arbeiter der Marineverwaltung monatlich durch die Marineverwaltung bezahlen bekommt. Eine

von sozialem Geist auch nur einigermaßen berührte Reichsverwaltung müßte es ihren Lieferanten zur Pflicht machen, vorbildliche, musterhafte Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Der Staatssekretär für das Reichsmarineamt, v. Tirpitz, meinte, er könne sich um die Verhältnisse der Arbeiter und der Lieferanten nicht kümmern. Die Resolution gelangte mit Mehrheit zur Annahme, folglich wird er sich nunmehr darum kümmern müssen. Vor allem werden aber auch die Werksbetriebe selbst sich einmal zu Musterbetrieben auszuwachsen haben.

Auch über Materialverwertung und Verschwendung wurden wieder Klagen laut. Es war der Genosse Seering, welcher das verarbeitete Material, soweit eine Schätzung möglich, auf 20000 Mark taxierte. Da konnte man sehen, wie kurz das Gedächtnis mancher bürgerlicher Abgeordneter ist. Die Redner der Nationalliberalen und des Zentrums sprangen für die Marineverwaltung auf den Kampfplatz, lobten sie, als ob es nie einen Kleiner Wertprozess gegeben habe und als ob derselbe nicht eine Wiederholung erfahren könnte.

Von nationalliberaler und freiwirtschaftlicher Seite wurde dann der Versuch unternommen, die Marineverwaltung scharf gegen die Arbeiter zu machen, damit diese ein Mittel der Selbsthilfe gegen Teuerung nicht anwenden können. Es handelt sich um einen Verkaufsverein für Wästelhelmsachen, der von Arbeitern, Weanern, wie behauptet wird auch von Privatern, beim Einkauf benutzt wird. Der Verein basiert auf genossenschaftlicher Grundlage. Während die Anhänger der genannten Parteien sonst den Genossenschaften durch Gründung von Verkaufsvereinen die Erleichterung zu untergraben versuchen, betätigen sie hier die entgegengegesetzte Auffassung. Mit dem Vorstoß verleugnen die Herren wieder mal ihre liberale Vergangenheit, in welcher sie die genossenschaftliche Selbsthilfe als Mittel gegen alle sozialen und wirtschaftlichen Schäden bezeichneten. Jetzt, wo durch eine Wirtschaftspolitik die Lebenshaltung des Volkes ungeheuer verteuert werden, sollen die Arbeiter dieser Verteuerung widerstandslos ausgeliefert werden. Es war Genosse Webel, der in einer kurzen aber treffenden Rede den Liberalen die Preisgabe ihres einstigen „als antreibende. Alsdann kam eine sozialdemokratische Resolution zur Annahme, welche die Möglichkeit und das Recht geben soll, Bräutenausgänge zu wählen und das Koalitionsrecht zu gebrauchen. Außerdem soll die Organisation der Techniker Anerkennung bei der Marineverwaltung finden. Konservativen und Nationalliberalen stimmten gegen diese Resolution, welche die berechtigten Forderungen der Reichskanzler zur Verächtlichung überweist. Draußen im Lande gerieren sich Nationalliberalen und Konservativen als die Freunde der Techniker. Kommt es aber auf Taten an, dann verweigern sie ihnen die aller-notwendigsten Rechte.

Genossenschaftliches.

Wesen, Bedeutung und Aufgaben der modernen Genossenschaften, insbesondere der Konsumvereine.

II.

Die Konsumvereinsbewegung setzt bei dem Grundgedanken — Ersparnis an Kraft, an Arbeit und damit an Kosten — ein. Sie geht davon aus, daß die Konsumenten nicht das geringste Interesse an der Verzettlung des Warenverkehrs haben, daß ihnen an Klarheit und all dem andern Wirtwart, der dem heutigen Warenverteilungsverfahren anhaftet, gar nichts gelegen ist, daß sie bei einigem Nachdenken erkennen müssen, daß ihnen damit unnötige Kosten aufgebürdet werden, die die meisten gern vermeiden möchten, weil sie mit ihren paar Pfennigen ohnehin kaum auskommen können. Daher heißt das Prinzip der Konsumvereine zu nächst: „An Stelle der vielen kleinen Läden, deren Miets- und sonstige Unkosten in ihrer Gesamtheit die Waren ganz ungebührlich belasten, wenige, große, zweckentsprechende Läden, Konzentrierung der Warenverteilung auf einige besonders günstig gelegene Stellen des Komplexes, Konzentrierung der Warenvorräte in großen Zentrallagern, Verteilung auf die Verkaufsstellen nach sorgfältigster, alle überflüssige Arbeit vermeidendem Plan, Ausschaltung aller den Einkauf verteuernenden Zwischeninstanzen durch Zentralisierung des Einkaufs, Ausnützung der Einkaufschancen durch Vereinkauf, rascher Umsatz in den einzelnen Läden, um erste Qualität der Waren erzielen zu können, Verkauf nur einwandfreier Ware, Verkauf nach genauem Gewicht zu dem möglichen billigsten Preise, Verkauf nur gegen Vorzahlung!“

Läßt sich das durchführen? Die Frage braucht heute nicht mehr beantwortet zu werden, weil es an hunderten von Orten bereits durchgeführt ist. Die Konsumvereine verkaufen ohne irgend nennenswerte Klamme, unter denkbar billigster, aber zweckentsprechender Ausstattung in meistens relativ großen Läden, sie verkaufen einwandfreie Ware mit geringem Unkostenzuschlag, und damit durchweg billiger, als der Privathandel, sie kaufen durch die Vermittlung der Großverkaufsgesellschaft im großen billig ein, sie richten sich, sobald ihr Umsatz es gestattet, Zentrallager ein und können dann die richtigen, billigen Dispositionen für die Verfertigung der Warenabgabestellen treffen. — kurzum, sie sind ohne weiteres in der Lage, ihren Mitgliedern wesentliche Vorteile zu bieten, die erzielt werden ohne ein andres Opfer, als das der Gewöhnung und des konsequent durchgeführten Vorgehens, nur im eigenen Geschäft zu laufen!

Im eigenen Geschäft? Nun ja, der Konsumverein ist nicht das Eigentum einzelner, er ist nicht das Instrument von Spekulant, die daraus hohen Gewinn ziehen möchten, er gehört mit allem, was drum und dran ist, den gemeinsam, die Mitglieder des Vereins sind. Darin liegt ja gerade die Garantie, daß ich reell behandelt werde, daß mir möglichst gute Ware, reelles Gewicht verabfolgt wird, daß alle Beteiligten das gleiche Interesse haben, wie ich es im vorigen Artikel nannte: „Im Interesse der Gesamtheit ihr eigenes beizens zu machen!“ Das einzige Profitinteresse, das hier in Frage kommt, ist das gemeinsame aller Mitglieder!

Auf diesem Untergrund haben die deutschen Genossenschaften gebaut, bauen in der Hauptsache die Genossenschaftler der ganzen Kulturwelt. In dem wachsenden Verständnis der großen Massen der Konsumenten für diese, an der Hand der offen zutage liegenden Lehren des täglichen Lebens zu einfachen Berechnungen lag die Macht, die dem die Konsumvereine befähigte, aus der engen Beschränkung des einfachen Warenverteilungsinstituts hervorzugehen und dem höheren Ziele langsam, vorsichtig, aber weitblickend zuzusteuern. Ich will hier nicht müde darauf hin, daß sich die genossenschaftliche Produktion, soweit sie sich anlehnt an den genossenschaftlich organisierten Konsum, heute trefflich entfaltet hat. Wir haben vor allem in fast allen Teilen Deutschlands muster-gültige, vorzügliche Bäckereien, auch gewaltige, jeder Konkurrenz ebenbürtig an die Seite tretende Mühlen- und Schlächtereibetriebe und einzelne Vereine, besonders die Hamburger „Produktion“, haben zahlreiche Arbeiterwohnhäuser erbaut, die an die Mitglieder ohne den sonst üblichen Hausagartierzwang, bald zu steigern, abgelassen werden, ferner sind Sparkassen eingerichtet, die in einzelnen Fällen Umlagen bis zu 5—6 Millionen Mark umfassen, u. a. m.

Wie war das möglich? Durch das Zusammenwirken der Vielen! Der einzelne Genossenschaftler bringt für solche Dinge eigentlich nur ein lächerlich geringes Opfer. Er zahlt seinen

Anteil, der verschieden hoch festgesetzt wird — meistens wird er heute wohl auf 30 Mk. bemessen sein — der ihm in vielen Vereinen noch Zinsen trägt, der ihm im Falle seines Ausscheidens mit den aufgelaufenen Zinsen unverkürzt zurückgezahlt wird, der ihn berechtigt, alle Waren unter den allen Mitgliedern gleichmäßig auftommenden günstigen Bedingungen einzukaufen, der ihn endlich berechtigt, den von der Generalversammlung festgesetzten Betrag an Rückvergütung des Unkostenvorschlags am Jahreschlusse im Verhältnis zu seiner Einkaufssumme zu erheben. Und dieser Anteil schafft auch als Seele des Betriebs nebenher noch, ohne daß sein Besitzer einen Finger extra zu rühren braucht, die Mittel, mit denen jene großen Werke geschaffen werden! Am Jahreschlusse ist in jedem gut und ehrlich geleiteten Konsumverein durch geschickten Einkauf, durch vorsichtige Disposition eine mehr oder minder große Summe erübrigt, die zunächst Eigentum der Gesamtheit der Mitglieder ist, über deren Verwendung aber die Generalversammlung entscheidet. Wo diese verständigt ist und über die gehörten Maßnahmen hinausblüht, da setzt sie — durch große Beiträge für spätere Zeiten — sogenannte Reservesfonds — zurück, den der Sparteig für das Zukunftsverbot! Das trifft den einzelnen überhaupt nicht, sofern er nicht von dem but stock kapitalistischen Koller befallen ist, für nichts und wieder nichts große Dividenden ausschütten zu wollen. So schafft man das Betriebs- und Anlagekapital für Produktionsbetriebe. Eine ihrer Pflichten, ihrer über den Tag hinausgehenden Aufgaben bewusste Konsumvereinsleitung wird immer dieses Ziel im Auge haben und alles aufbieten, um es unter gebührender Beachtung der allgemeinen gültigen Vorsichtsmaßregeln zu erreichen. Denn das ist nötig! Die beste Organisation des Konsums auf genossenschaftlicher Grundlage wird uns nämlich auf die Dauer nicht vor unerschämtester Schöpfung durch die Produzenten, vor allem durch die in den Ringen und Syndikaten vereinigten, schützen. Wer die Rohmaterialien und Werkzeuge sich anzueignen versteht, beherrscht schließlich das Feld. Schon sind wichtige Rohprodukte — ich erinnere an das Petroleum — zu Monopolen kleiner Ausbeutergruppen geworden, schon ist in gewissen Industrien die Entwicklung soweit gediehen, daß die Fabrikanten die Preise willkürlich festsetzen; selbst der Staat muß bisweilen die teure Nuchtel spüren!

Hiergegen gibt es nur einen Gegenhieb: Durch den organisierten Konsum zur Organisation der Produktion! Darüber ist noch vor nicht langer Zeit auch in unsern Reihen gelaht, als handle es sich um das Eingespinnst von Uebergeschnapten. Auch heute gibt es noch manchen, der recht skeptisch das weiße Haupt wiegt, wenn er so etwas hört oder liest. Darin liegt aber ein gar zaghaftes Mißtrauen in die Macht der Massen, die begriffen haben, was sie bedeuten, und gewillt sind, ihrer Macht sichtbaren Ausdruck zu verleihen. Und im vorliegenden Falle werden diese Macht rasch begreifen und rasch anwenden, wenn nur jeder hilft, sie ihnen zu zeigen! Der gewaltige Aufschwung der Konsumvereine im allgemeinen und der noch überraschendere, den ihre Eigenproduktion in wenigen Jahren genommen, spricht eine so berechtigte Sprache, daß man nur hoffen kann, sie möge überall verstanden werden. Beseitigung des Kapitalismus aus einer seiner einträglichsten Domänen, Beseitigung dadurch, daß wir ihm entziehen, ohne was er nicht zu leben vermag, unsern Konsum, Beseitigung dadurch, daß wir an seiner Stelle, wo es irgend geht, auch als Produzenten auftreten — das ist unsere Aufgabe auf genossenschaftlichem Gebiet in der kommenden Zeit. Diese Aufgabe sollen wir uns nicht durch alberne Sophistereien, wie z. B. Ueberflüsse dürften in einem genossenschaftlichen Unternehmen überhaupt nicht erzielt werden, nicht erschweren. Der Feind hat Pulver die schwere Menge, und wer da sich einbildet, wir könnten ihn ohne Pulver aus seinen Festungen verjagen, der vertritt allenfalls, daß er selbst das Pulver nicht erfunden! Eine große, harte Arbeit steht vor uns, wert des Schwelges der Edlen! Auch unsere Kollegen und Kolleginnen, zahlreich wie sie sind, und als schlecht entlohnte Proletarier darauf angewiesen, zu sparen an allen Ecken und Kanten, müssen um ihrer selbst willen und für das Wohl aller andern mitantreten. Mitbauer an diesem Zukunftswerke, heißt: Zunaächst Mitglied der örtlichen Genossenschaft des Konsumvereins, werden!

Teile und herrsche!

Zur Erweiterung auf meine durchaus sachlichen und mit guten Argumenten gestützten Darlegungen wirft mir Kollege Partleib Eigenschaften vor, von denen ich sagen muß, daß sie wirklich alles andre als schön und zierend sind. Da ich aber nicht einsehen kann, was meine mehr oder minder schlechten Eigenschaften mit dem Bedürfnis der Unternehmer zu schaffen haben, zu teilen und zu herrschen, so will ich mich mit ihnen nicht weiter beschäftigen. Ich gestatte den Kollegen, mich für so gut oder so schlecht beizuschätzen zu halten, wie ihnen beliebt. Kollege Partleib verkündet aber weiter, ferdend auf seine genaue Kenntnis meiner Eigenschaften, hoch vom Kopf herab, daß er mit mir „grundtätig nicht distanzieren“. Ich werde versuchen, den bitteren Schmerz, den diese kollegiale Handbewegung mir verursacht, nämlich zu überwinden. Sie zeugt leider weniger von Mut, als von Bequemlichkeit. Und sie nützt nichts! Wer sich in die öffentliche Diskussion stürzt, den schügen die vorichtigsten „Grundsätze“ nicht vor Kritik. Auch die erhabenen „Grundsätze“ Partleibs können nicht davon abhalten, zu konstatieren, daß er mit seiner Erörterung in ihrem sachlichen Verteidigungsteil nur noch tiefer in die Grube rutscht, die er sich selbst gegraben. Er verrät uns, daß er ursprünglich noch nicht einmal die 5 Pf. der breiteren „Pais“ zu opfern bereit war, die der Verbandstag nach langem Gängen und Wägen bewilligte! Und er übertrug uns weiter mit der aus diesem Munde doppelt sonderbar anmutenden Weisheit, daß „wenn“ wir nur in den Verufen kämpfen, für die unser Verband zuständig ist, die bewilligten 5 Pf. vollaus genügen, um allen breiteren Verungelungen frönen zu können. Ja, da läßt sich wirklich nicht viel mehr sagen. Wenn die warnende Sprache, die alle Abrechnungen unserer Organisation seit langem sprechen, ungehört an einem in führender Stellung befindlichen Kollegen verhallt ist, denn wird ihn auch ein einfaches Wehgeschreien nach Adam Riese nicht zur Einsicht bringen. Dann rechnet er eben mit Biffen, von denen unsere Verbandszeitung bisher nichts weiß. Ich aber wiederhole, was in Halle immer wieder betont wurde — leider vergeblich —: Mit den 5 Pf. mehr ist für große wirtschaftliche Kämpfe, wie sie auch Partleib im Auge hat, nicht so viel getan! In Halle haben gerade Kollegen, die früher „heute und voraussichtlich auch künftig das Wort „Kampf“ zum Ueberbrück im Munde führen, verjagt, als es sich darum handelte, die elementarsten Vorbedingungen für den Kampf zu schaffen. Dieser klaffende Gegenjah zwischen großem Wort und kleiner, kleinherziger Tat, zwischen schöner Theorie und erasser, nüchterner Praxis war es, auf den ich hingewiesen habe. Es mag ja nicht unangenehm sein, wenn man mit der Faxe auf solche Widersprüche gestoßen wird. Ich werde mich aber in diesem, wie ich meine, für den Verband sehr erprießlichen

Und auch nicht ihre machen lassen durch die „grundtägliche“ Ablehnung, mit mir zu kooperieren. Ich wünsche nun einmal, und danach habe ich in all den Jahren getrachtet, in denen ich innerlich unseres Verbandes tätig sein konnte, daß die Kollegen sich gewöhnen, den himmelweiten Unterschied zu erkennen zwischen dem Gaderen und den Eiern. Mag ich, wie Garlieb Meinel, auch zu manchem andern unfähig sein, hierzu bin ich immer noch fähig und gern bereit.

August Kasch.

Tremmel.

Nun hat er sich im Schweiß seines Angesichtes abgemüht, die in Nr. 52 des „Proletariats“ gegen ihn angeführten Tatsachen umzudeuten. Schwer mag ihm geworden sein. Aber er macht's wie sein Kollege aus Offenbach, der in derselben Nummer der „Gewerkschaftsstimme“ (Nr. 5 — 1911) am Schluß seines Artikels so schön sagt:

Wer auf Gott vertraut
Und seine um sich haut,
Hat nicht auf Sand gebaut.

Und er hat um sich gehauen der zweite Zentralvorsitzende Tremmel, aber der Zeit entsprechend nur mit luftgefüllten Schweinsblasen, die aber leicht plagen und dann ist der Windbeutel fertig.

Schon eingangs seiner Ausführungen tut Herr Tremmel was seine Freunde nicht lassen können, indem er Kaustly nach Stadbacher Art zitiert. Gerade im Zitierten sollte Tremmel äußerst vorsichtig sein, das kann für ihn böse Folgen haben. Oder lennt er nicht die Hauptrolle seiner Lieben, die niemals bei der Wahrheit blieben? Soweit seine Ausführungen den sachlichen Teil betreffen (nicht seine „sachlichen“ Ausführungen) und eine abermalige Nichtigstellung erheischen, soll das hier in Kürze — mit Rücksicht auf den kostbaren Raum des „Proletariats“ — geschehen.

Meine Behauptungen über Waghaug sind gestützt er nun endlich zu; er sitzt zu fest im Eisen. Zu seiner strategischen Leistung in der Versammlung in Neckarau vor dem Streik 1906 behauptet er schlanweg, daß unter den anwesenden Arbeitern mindestens 90 Proz. „Genossen“ waren. Ich vermute, daß er nach Art der Christenführer damit seine Gewerkschaftler meint. Wenn Tremmel davon überzeugt war, daß er vor fast lauter Freireligiösen sprach, dann grenzt sein Verhalten an Unfug, daß er es zur Abstimmung kommen ließ, trotzdem er der Meinung war, daß das ein Unglück sei. Er muß sich dann gefallen lassen, wenn ich behaupte, er habe es so gewollt; es kostet ja nichts. Und wenn hundert Urträge auf Abstimmung für Streik gestellt wurden, durfte er in dem Falle nach seiner eigenen Auffassung es nicht dazu kommen lassen. War er aber nicht fähig, das zu verhindern — nun dann war er eben nicht fähig. Uebrigens ein netter General, der sich vom nächstbesten Soldaten die Führung abnehmen läßt. Das Ganze ist für Tremmel um so blamabler, als die Arbeiter zum allergrößten Teil nicht frei, sondern unorganisiert waren. Es galt also, unerfahrene Leute vor Unheil zu bewahren, was ich mehr als einmal in dem Sturmjahre 1906 getan. (Herr Tremmel betraugte die Vorgänge im Jahre 1906 auf wirtschaftlichem Gebiet lediglich als Folge der Nebenbühler Menschheit, sogenannter „Genossen“. Ueber seine Nase hinaus reicht nicht. Vielleicht fragt er einmal beim Zentrum an, wer schuld ist; dort erfährt er es bestimmt.) Unter meiner Anwesenheit wäre noch der erste Beschluß für einen Streik wie der in Neckarau zu fassen. Wäre ich anwesend gewesen, die Tremmelschen Streiche wären bestimmt unterblieben. Es ist doch auffallend, daß diese planlosen Streiks immer kamen, wenn ich weg war. Es bleibt also dabei: Tremmel trägt die Verantwortung für den ersten Streikbeschuß in Neckarau, das nimmt ihm niemand ab. Er will mich dann der Freigebigkeit weihen, weil ich in Hannover zur Gauleiterkonferenz war, als die Arbeiterschaft der Zellstoff-Fabrik Waldhof und der Summi-Fabrik Neckarau die Arbeit einstellte. Wie gewöhnlich, so behauptet er auch hier — ohne mit der Wimper zu zucken —, ich sei „auf einer Agitationstour“ gewesen. Das paßt für seine Zwecke besser. Ein Mann, der in einer Versammlung das Gastrecht in der Weise mißbraucht, daß er als Diskussionsredner den Gegner herunterreißt, um dann den Gut auszusprechen und auszuweisen, kann niemand der Freigebigkeit weihen. Das war in Hoffspeter, wo dann die einmütige Entschließung der anwesenden Versammlungsbesucher ob solchen Verhältnissen Tremmel zur Ordnung brachte.

Mit dem Streik in der Zellstoff-Fabrik konnte Tremmel fähig aufreden. Hat doch Dr. Zimmermann während des Streiks durch Infiltration heimlich organisierte Arbeiter gesucht. Hat das Herr Dr. Zimmermann auf eigene Faust gemacht? Der damalige christliche Bezirksleiter Tremmel hat sich das bis heute nicht verdeten. Tremmel sagt, ich wollte ihm Behauptung objektiver Unwahrheiten nachsagen. Nein, Herr, bleiben wir bei der Wahrheit: nicht ich, sondern das Gericht hat in seiner Urteilsbegründung, daß Tremmel objektive Unwahrheiten behauptet hat.

Was er mit der Betonung will, Gehört habe 1906 in der Müllin-fabrik mit vermittelt, weiß der Teufel. Wenn es zuträfe, daß die Leitung der freien Gewerkschaften nicht fähig war, die Bewegung zu leiten, so brauchten sie ja nur Tremmel zu rufen. Die Herren Christenstrategen kamen ja am zweiten Streiktag (29 Januar) ins Lokal Eich, sechs Mann hoch, angewandt und wollten „helfen“. Der Kollege Brühl war es ja gerade, der auf sie verzichtete und sie kurz abwies. Und sonderbar: in ein paar Tagen war die Bewegung erfolgreich beendet, weil die Christenführer nicht dabei waren. Daßer der Schmerz. Daß ein Mann, bei dem man gereifte Erfahrungen vermuten könnte, behauptet, die Führer waren unfähig, obwohl die gewaltige Bewegung in aller Ordnung in fünf Tagen erledigt, und obgleich die große Masse indifferent war, ist wirklich zu dummt. Lassen wir ihm das kindliche Vergnügen. Der Gedankenreichtum gestattet eben keine andre Agitationsmethode.

Entgegen einer ganz neuen — „Behauptung“ Tremmels bemerke ich, daß ich mein Leben in Mailammer noch nichts mit Streiks zu tun hatte. Tremmel unterliegt sich immer wieder von Arbeiterverrat des roten Fabrikarbeiterverbandes im Mannheim-Ludwigshafener Industriegebiet zu reden. In diesem Sinne hat er ja auch im Jahre 1907 eine Broschüre unter dem Titel „Rote Moral und rote Lügen“ der Nachwelt gegeben. Das Nachwerk ist einzig in seiner Art. Der Kommentar hierzu wird vielleicht noch geschrieben unter dem Signum „Tarnisse gewidmet“. Tremmel ist anscheinend in einem Irrtum befangen. Um ihn wieder ins richtige Geleis zu bringen, sei ihm nachfolgendes ins Gedächtnis gerufen: Im Jahre 1906 trat die ganze christliche Zahlstelle Essingen zum freien Fabrikarbeiterverband über, weil die Zahlstellenleitung während der Stützgarbeiter-Aussperrung in Mannheim folgendes Zirkular erhielt:

Mannheim, im Oktober 1906.

Werte Kollegen!

In Mannheim tobt im Offengebiet schon seit 10 Tagen ein heftiger Streik. Schuld an dem Hinausgehren des Streiks sind die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die den christlichen Hilfs- und Transportarbeiter-Verband nicht anerkennen wollen.

Da die Arbeitgeber bereit sind, mit uns einen Tarif abzuschließen, wenn wir für die notwendige Zahl Arbeiter sorgen, so ergeht an alle Zahlstellen die dringende Aufforderung, Unterzeichnetem telegraphisch mitzuteilen, ob und wie viele Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Kollegen! Bedenkt, es gilt den Kampf um unsere Interessen und Ihre Gleichberechtigung, weshalb jede Zahlstellenverwaltung die Pflicht hat, uns in diesem Kampfe zu unterstützen. Auch wenn Arbeiter aufgeschrieben werden können, die nicht unserm Verbände angehören, so ist dies unbedingt zu meiden. Der Stundenlohn beträgt hier 41 Pf. Die Arbeiter sind über den wahren Sachverhalt aufzuklären. Für Schutz gegen Angriffe des freitenden Verbändlers ist genügend Sorge getragen. Die Reichsten trägt die Verbandskasse. Darum, Kollegen, werbt allerorts Arbeiter für das Mannheim und gebt sofort telegraphisch Nachricht. Wenn jede Zahlstelle nur einen Mann aufbringt, so ist unser Sache gebient.

Mit kollegialem Gruß

Peter Tremmel,
Mannheim C 8 7.

Das sind Leistungen Tremmels. Wer vertritt die Arbeiterschaft, die freien oder die christlichen Gewerkschaften?

Zu derselben Angelegenheit erhalten wir noch folgende Zuschrift des Landtagsabgeordneten Säßtind: „In Nr. 5 der „Gewerkschaftsstimme“ vom 2. Februar 1911 veröffentlicht der satzmann bekannte christliche Gewerkschaftsführer Tremmel, der wegen seiner Erfolge für die christliche Gewerkschaftssache Mannheim verlassen wurde, ein Elaborat, das sich unter anderem mit dem vor zirka fünf Jahren erfolgten Streik in der Neckarauer Summi-Fabrik und insbesondere mit meiner Person befaßt. Es werden in diesem Artikel Behauptungen aufgestellt, die bereits in einem damaligen

Flugblatt der Christen verbreitet und die läßt als „Lügen von mir in einem längeren Artikel in der „Vollstimme“ gekennzeichnet wurden. Mir üngern ergreife ich die Feder, um gegen den gekennzeichneten Christen Tremmel zu polemisieren, einen Mann, der in der Gewerkschaftsbewegung ein höchstbedeutendes Geschick ist. Wie verhält sich nun die Angelegenheit? Es war ein sogenannter wilder Streik, bei welchem die Arbeiter keine Zukunft annehmen wollten; gehegt wurde von keiner Seite. Mir fiel die Aufgabe zu, in zwei Lokalen zu referieren, ich warnte vor dem Streik, da die meisten der neuorganisierten Kollegen noch nicht unterstützungsberechtig waren. Während ich in der 2. Versammlung im „Schwanen“ in Neckarau referierte, wurde von der Versammlung, welche in der „Krone“ stattfand, eine fieberhafte Resolution überbracht, welche die Kündigung des Arbeitsverhältnisses in Aussicht stellte; selbstredend beschloß nun auch die Versammlung im „Schwanen“ dementsprechend, trotzdem ich mich hier wiederholt die Versammlung auf die Folgen aufmerksam machte. Insbesondere erwähnte, daß die Arbeiter keinen Anspruch auf Unterstützung hätten. Die persönlichen Anpassungen schenke ich Tremmel, ein Beweis christlicher Loyalität; doch das nehme ich für mich in Anspruch, daß, nachdem ich ca. 25 Jahre in der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung stehe, ich von einem Tremmel nichts zu lernen brauche.

Mannheim, den 10. Februar 1910.

A. Säßtind,
Mitglied der 2. badischen Kammer.

Papier-Industrie

Kantinengeheimnisse.

(Ein Kapitel für harthörige Papierfabrikanten.)

Es gibt nicht wenig Leute, die auch die Fabrikantinnen unter die Wohlfahrtsvereine der Unternehmer einreihen. „Das Beste, durch Einrichtung von Kantinen den Arbeitern billige und gute Nahrungsmittel zu verschaffen, ist begriffenwert und verdient ernstliche Förderung“, schrieb kürzlich ein Gewerbeinspektor in einer Abhandlung über die Hygiene der Ernährung. Und wie dieser, so denken viele seiner Kollegen, das geht aus den Berichten der Beamten deutlich hervor.

Und doch sind diese Kantinen oft nichts als Ausbeutungsanstalten allerhöchster Art. Den Arbeitern werden nicht billige und gute, sondern umgekehrt teure und schlechte Nahrungsmittel geliefert. Wenigstens da, wo die Kantinen verpachtet, also zu einem Erwerbsunternehmen gestaltet werden. Die zahlreichen Bewerbungen um freie Fabrikantinnen und die oft sehr hohen Mieten, die dafür gezahlt werden, lassen schon erkennen, daß hier „etwas zu holen“ ist. Das liegt in der Natur der Sache. Der Krämer außerhalb der Fabrik unterliegt der Konkurrenz, die Kundenschaft kann ihn verlassen, wenn ihr seine Preise oder seine Waren nicht gefallen. Die Arbeiterschaft einer Fabrik aber ist oft durch die Lage der Fabrik, noch öfter durch den Zwang der Unternehmer gezwungen, auf alle Fälle in der Kantine zu kaufen. Mag die Ware noch so teuer oder noch so schlecht sein.

Noch ein anderes kommt hinzu, um die Abhängigkeit der Arbeiter von dem Kantinenwirt zu vervollständigen: das Borgunwesen. Der Kantinenwirt läuft weit weniger als der freie Händler Gefahr, geborgte Summen zu verlieren; er stellt sich in vielen Betrieben am Jahrtag einfach an den Auszahlstisch und streicht seinen Anteil vom Arbeitslohn ein. Fast immer hat er gute Verbindungen im Kontor, die ihn rechtzeitig benachrichtigen, ob und wann ein Arbeiter sein Arbeitsverhältnis aufgibt. So sind seine Verluste trotz seiner Pumperwirtschaft gering, der daraus für ihn entspringende Vorteil aber ist sehr groß. Der Arbeiter rechnet weniger, fragt seltener nach dem Preise, ist nachsichtiger in bezug auf Menge und Güte der Ware, wenn er nicht bar bezahlt, sondern borgt. In Protesten schwingt er sich selten auf. Das wissen die Kantinenpächter und nutzen es aus. Es sind uns Fälle bekannt, daß solche Pächter die Annahme von Bargeld direkt abgelehnt haben mit den „gutmütigen“ Worten: „Ach laß nur, du brauchst dein Geld gerade jetzt und du bist ja ein ehrlicher Mensch, der mir sicher ist.“ Diese Anbiederung hat oft den gewünschten Erfolg. Sigt der Arbeiter dann erst einmal in dem geschickt ausgeworfenen Garn, dann sorgt der raffinierte Geschäftsmann schon dafür, daß er nicht so leicht wieder herauskommt. Die Arbeiter werden dann doppelt und dreifach gepufft; sie müssen hohe Preise zahlen und mit Schundware vorlieb nehmen.

Einige Fälle, die die oben skizzierten Zustände im Kantinenwesen recht gut illustrieren, wurden uns in den letzten Wochen aus der Papierindustrie gemeldet. Der eine betrifft die Kantine des Singwitzer Betriebes der Ver. Baugener Papierfabriken. Zwei Arbeiterinnen dieses Betriebes waren im Privatklageverfahren vom Schöffengericht in Baugen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie im Betriebe gegast haben sollen, der Kantinenwirt hätte Wasser ins Bier gegossen. Der Kantinenwirt erklärte, daß dies nicht wahr sei, er hätte nur bei dem stark schäumenden Bier vor dem Abgießen einen Teil in ein Gefäß lassen müssen, den er später wieder ins Faß gegossen hat. Die Arbeiterschaft ist aber, trotz dieses Ausgangs der Klage, mit der Kantinenwirtschaft ganz und gar nicht einverstanden. In einer gutbesuchten Versammlung nahm sie in Anwesenheit eines Verbandsvertreter's Stellung zu der „Kantinenfrage“ und beauftragte den Vertreter der Organisation, der Direktion der Vereinigten Baugener Papierfabriken folgendes Schriftstück zu senden:

An die Direktion der Vereinigten Baugener Papierfabriken in Baugen.

Am 9. d. M. fand eine Versammlung der Arbeiter des Singwitzer Betriebes statt, die sich mit dem Kantinenwesen beschäftigte. Der Unterzeichnete wurde beauftragt, einer geehrten Direktion die in der Versammlung zur Sprache gebrachten Kantinenverhältnisse der Singwitzer Kantine mitzuteilen und höflich um Auskunft zu erfragen, was gegen diese „Kantinenverhältnisse“ seitens der Direktion unternommen werden soll. Es wurde von mehreren Arbeitern mit aller Bestimmtheit die icher ungläubliche Lausade behauptet, daß in Singwitz oder doch in der Kantine und vor der Kantine eine Veruntreuung vor sich gegangen sei. Herr Vertriebsleiter Krebs und Herr Wertmeister Kreschmar bekanden können, außer einer ganzen Anzahl von Arbeitern, die bereit sind, durch Eid die angeführte Tatsache zu bestätigen. Einer Frau, die dem Herrn Kantinenwirt Vorhaltungen wegen schlechter Wurst machte, sagte Herr Burthard: „Reinetwegen können Sie Scheiße fressen.“ 2. wurden starke Bedenken gegen die Warenpreise, die als zu hoch betrachtet werden, erhoben. 3. soll eine allgemeine Unzufriedenheit in der Kantine bestehen. Es wurde z. B. angeführt, daß der kleine Sohn des Herrn Burthard sein Brotchen, von dem er ist, in die zum Verkauf offen bereitstehende Dattatheringsdose nach jedem Biß eingetaucht hat, und daß das Mädchen in der Kantine ihr Paar an den Lischen, an denen die Leute essen müssen, ohne daß diese wieder gereinigt wurden, geknaut hat. Außerdem sollen die Kinder des Kantinenwirts oft in einer recht freizeithalten Versammlung in die Kantine kommen. 4. war die Versammlung der Meinung, daß die angeführten Verhältnisse nicht den Umständen gatten anzunehmen können, als dies der Fall ist, und daß der „Lapp“ schon längst überlaufen wäre, wenn sich nicht eine sogenannte Pumper- oder Borgwirtschaft eingebürgert hätte, wodurch mancher davon absteht, etwas gegen die angeführten Uebelstände zu unternehmen.

Weiter wurde ganz besonders über schlechtes und schmauziges Bier klagt. Dieser Uebelstand soll daher rühren, daß der Kantinenwirt das Bier selbst auf Flaschen zieht, ohne die notwendigen Vorbedingungen, die hierfür erforderlich sind, erfüllt zu haben. Kennen dieser Bierabfällerei behauptet, daß Herr Burthard geradezu alles abgeht, was ein gutes und sauberes Bierabziehen verbieten könnte. Hierzu gehört in erster Linie Sauberkeit und nochmal Sauberkeit, die bei dem Inhaber der Singwitzer Kantine fehlen soll. 5. D. behaupten eine ganze Anzahl von Personen, daß die Bierflaschen, wenn sie leer sind, auch für Petroleum und Öl usw. benutzt werden. Weiter soll es an dem notwendigen reinen Wasser fehlen, sowie an genügend Platz.

(Unsere Mitglieder haben mittlerweile eine Flasche Bier beim Nahrungsmittelkontrollamt unterzucht lassen. Dieser erklärte, daß er nur bezeugen könne, daß ein glatter Versloß gegen § 10 des Nahrungsmittelgesetzes vorliege. Der Verzehrerstatter.)

Die Arbeiter sind nun der Meinung, daß eine gründliche Untersuchung und Abhilfe dringend notwendig ist. Es wurde auch die Meinung getreten, daß Herr Burthard sich nach den hier geschilderten Kantinenverhältnissen überhaupt nicht als Inhaber und Leiter einer Arbeiterkantine eignet. Der Unterzeichnete als Beauftragter gibt hiermit pflicht- und auftragsgemäß einer verehrlichen Direktion Kenntnis von dem Kantinenwesen des Singwitzer Betriebes. Die Arbeiter glauben, daß es vorerst besser sei, wenn die angeführten Dinge zuerst der Direktion zur Abhilfe unterbreitet würden, bevor damit an die Definitivität gegangen wird. Und da der Unterzeichnete diesen Standpunkt ebenfalls vertritt, so kommt er gern dem Antrage, der ihm geworden, nach, in der Hoffnung, daß gründlich Knebur geschaffen wird und ein besseres Kantinenwesen an Stelle des jetzigen tritt. Einer geehrten Antwort baldigst entgegensehend, zeichnet hochachtungsvoll

J. A. Gust. Neuring.

Dieses Schreiben wurde am 11. Okt. 1910 an die Direktion der Vereinigten Baugener Papierfabriken gesandt, und es ist, wie wir zufällig erfahren haben, auch angekommen. Die Firma hat wohl Untersuchungen angeestellt, aber die gewünschte Antwort nicht erteilt. Warum nicht? Wenn die Angaben des Briefes nicht wahr gewesen wären, hätte die Firma wohl sicher geantwortet. So aber schweig sie.

Weil aber die Firma schweigt, sind wir gezwungen, zu reden. Vielleicht werden wir demnächst in dieser Angelegenheit noch deutlicher.

Oder glaubt die Firma, die Beschwerden der Arbeiter müßten grundsätzlich unbeachtet bleiben, weil ja nur „sozialdemokratische Hege“ es wagen, an den Maßnahmen der Unternehmer und den Einrichtungen des Betriebes Kritik zu üben? Dann mag sie sich den folgenden Fall zur Lehre nehmen, der am 10. Februar d. J. vor dem Münchner Landgericht zum Austrag gekommen ist.

Die Gastwirtschaftsleute Heumieser betrieben seit 1908 die Kantine der Papierfabrik Luitental bei Gmund in Bayern. Die Klagen über schlechte Speisen mehrten sich von Tag zu Tag. Arbeiter, die in der Kantine für ihre hauer verdienten Pfennige Wurst und dergleichen kauften, mußten sich erbrechen, die Speisen und Getränke hatten regelmäßig einen widerlichen ekelhaften Geschmack. Beschwerten sich die Arbeiter, so wurden sie in der kümmerlichsten Weise beschimpft und als verleumdende Sotz bezeichnet.

In Wirklichkeit tat man dem weitaus größten Teil der Luitentaler Arbeiter bitter unrecht, wenn man sie als Sozi bezeichnete, denn weitab wiesen diese zufriedenen Arbeiter von sich den Gedanken, rote Revolutionäre zu sein.

Was man diesen Leuten alles bieten durfte, davon nachstehend einige Proben:

Der Wirt kaufte perlsüchtige Rühre und verkaufte dieses Fleisch den Arbeitern, oder machte Würste davon. Ein bei Heumieser beschäftigter Metzger (also auch ein Arbeiter) soll wiederholt gekauft haben: für diese Wurst (Papierarbeiter) ist's gut genug. Stinkende Würste und Lungen, verborbener Presssack und Leberkäse wurde gewohnheitsmäßig an die Fabrikarbeiter verkauft. Der Speiseaufbewahrungsraum diente Kindern und Dienstboten als Schlafraum. Sämtliche Geware waren beinahe regelmäßig von Motten und Mäusen angefressen. In den auf den Tischen stehenden Brotkörben fanden die Arbeiter häufig Mäusekot. Das Mehl war oft schon von Mäusen tot verunreinigt, daß es gefiebt werden mußte. Wenn die Dienstmädchen sogenanntes Voressen schnitten, sank es sehr oft so, daß die Arbeiter das Lokal verließen. Eine Zeugin bekundete auch, daß die „Frau“ den Nachttopf in denselben Wassertrog entleerte, in dem das Geschirr gewaschen wurde und der auch der Familie Heumieser als Waschgesehirr diente. Frau Heumieser wusch Fleisch, auf dem der Schimmelwieserbidlag, und setzte es den Arbeitern wieder vor. Im Nachttopf wurde Kochessigfabriziert.

Mehr als 50 Zeugen und Sachverständige bestätigten diese schrecklichen Dinge. Und das Urteil? 6 Wochen für den Herrn Wirt und 4 Wochen für seine Frau!

Die Strafe ist natürlich viel zu milde für diese Schweinigeleien. Aber was sagen nun die Herren, die die Beschwerden der Arbeiter brüsk zurückweisen? Sehen sie nicht ein, daß sie sich indirekt mitschuldig gemacht haben an dieser systematischen Vernichtung der Arbeitergesundheit? Dämmert es ihnen nun endlich, daß sich Arbeiter nicht beschweren, weil sie „verhezt“ sind, sondern weil sie gute Gründe dazu haben? Und wird diese gerichtliche Brandmarkung der schamlosen Uebervorteilung der Arbeiter die Unternehmer veranlassen, in Zukunft weniger harthörig bei Beschwerden der Arbeiter zu sein?

— Kofschrei eines Papierfabrikarbeiters.

Nachfolgender Brief, der einem Vertreter des Verbandes kürzlich zugeing, beleuchtet recht drastisch die mißlichen Zustände in den Papierfabriken. Die Plage über die zahlreichen Unfälle und ihre Ursachen sollte sich besonders der für Schäden eingestrichelte technische Aufsichtsbeamte der Papiermacher-Vereinsgenossenschaft zu Herzen nehmen, der immer über die Gleichgültigkeit der Arbeiter, Rentenlucht usw. lamentiert.

den 15. Februar 1911.

Lieber Kollege!

Erste Unfälle sind im vorigen Jahre in kurzer Zeit bei uns vier passiert. Meistens ging es über die Finger. Einem Kollegen sind von der linken Hand drei Finger und einem andern zwei Finger der rechten Hand abgenommen worden. Die Unfälle sind an den Maschinen, die während des Ganges gepumpt werden, passiert. Es heißt wohl, es soll, während die Maschinen laufen nicht gepumpt werden. Aber die Kollegen werden doch dazu gezwungen, die Maschinen in Ordnung zu halten; wann soll denn das gemacht werden, es gibt doch keine Zeit hierzu. Denn wenn die Maschinen Montag früh in Betrieb gesetzt werden, dann halten sie nicht mehr vor Montag früh, und da ist denn soviel Arbeit, daß an Maschinenpumpen überhaupt nicht zu denken ist. Also bleibt uns weiter nichts übrig, als die Maschinen zu pumpen, während sie in Betrieb sind. Passiert aber ein Unfall, dann heißt es: er ist selber schuld.

Und was die Behandlung durch die Vorgesetzten anbetrifft, na, da bleibt sehr viel zu wünschen übrig. Wenn mal etwas ist, heißt es gleich, wenn es Ihnen nicht paßt, können Sie sofort gehen. Im Winter hört man diese Redensart sehr oft. Die Maschinenführer können sich auch oft etwas kollegialer benehmen. Denn wir sind doch alle Arbeiter und sowieso schon gedrückt genug. Brauchen uns also nicht noch gegenseitig zu drücken. Wir müssen uns doch einig sein.

Auf dem Holländeraal sieht es sehr schlecht aus. Unser Tisch zum Essen steht da, wo die ganzen Farben liegen. Da sieht es manchmal so appetitlich aus, daß man oft schon fast isst, bevor man anfängt.

Die Feuerleute haben nicht einmal einen Schrant, wo sie ihre Kleider unterbringen können. Und wenn man mal um einen Pfennig Lohnzulage anhält, wird man von Pontius zu Pilatus geschickt, aber Zulage gibt es keine. Da kann man gewärtig sein, daß man dann am Lohnstage seine Kündigung erhält, damit sie einen los sind.

Mit Gruß!
Dein Kollege Z.

+ Unfallliste. Am 8. Februar verunglückte der in der Strobel'schen Papierfabrik in Wilschthal (Erzgebirge) beschäftigte Maschinengehilfe Peter, indem er in das Weiszer der Schneidemaschine geriet. Dem Unglücklichen wurde der linke Unterarm und die linke Hand total zerschneitten.

In einer Papierfabrik in Nieder-Schmiedeberg war der Arbeiter Binder im dritten Stock des Fabrikgebäudes am Fahrstuhl beschäftigt, als letzterer plötzlich in die Tiefe stürzte, den Arbeiter mit sich reisend. A. erlitt schwere innere Verletzungen, so daß man an seinem Aufkommen zweifelt.

In der Papierfabrik in Grossen (Mulde) verunglückte der 23jährige Maschinengehilfe Otto Schreiber beim Papierausführen. Der Tod trat kurz hernach ein.

+ Die umgestaltete Tiag. Die Generalversammlung der „Tiag“ hat die von uns ausführlich besprochenen Anträge auf Umgestaltung der Gesellschaft angenommen. Die sämtlichen Fabriken der Tiag werden an die Vorbesitzer „verpachtet“, und aus den Pachtsummen sollen die Aktionäre eine Dividende erhalten. Ob sich diese Regelung bewährt, bleibt abzuwarten. Das Aktienkapital der Tiag ist durch Zusammenlegung der Aktien auf 71/2 Millionen herabgesetzt. Die Leitung bleibt die alte, der Aufsichtsrat besteht aus den Vertretern der bedeutendsten Betriebe: Herren Dr. J. Rosenfeld, interessiert bei Zapfenfabrik Baumenthal; A. v. Heimendahl, interessiert bei Hinderer, Thomas & Co.; Emil Jilling von H. Langhammer Nachf.; Hugo Rajch von Hann. Zapfenfabrik Gebr. Rajch; Karl Steinmann von Flammersheim & Steinmann.

+ Königsberg. Wie die Maschinenführer in den Zellulose-Fabriken eingeschätzt und geschätzt werden, zeigt nachstehender Aushang der hiesigen Zellulose-Fabrik:

Die Entwässerungsmaschinen sind für 20 Prozent Mehrleistung eingebaut worden, da nun aber die Herren Maschinenführer beweisen sollen, daß jetzt weniger gearbeitet wird, so kurze ich hiermit die Prämienliste um 10 Prozent und entlasse jeden Maschinenführer, der unachtsam arbeitet.

Königsberg, den 11. Januar 1911.

Daraus sollten die Maschinenführer erkennen, daß sie nicht anders wie jeder andre tierbliche Arbeiter bewertet werden. Das Kapital kalkuliert eben nur auf die Arbeitskraft. Darum müssen auch die Maschinenführer der Organisation angehören und gemeinsam mit den übrigen Arbeitern für ihre Interessen eintreten, dann wird man sie auch vernünftig behandeln.

Korrespondenzen.

Streiks und Differenzen bestehen in Bergedorf (Fischlombenfabrik), **Hamburg** (Ebenische Fabrik), **Wittorf** (Mühlentrieb), **Eilenburg**, **Zeitz** (Rindermaschinenfabrik), **Seisnig**. Bezug nach den angelegten Orten ist streng fernzuhalten.

Amstcht. Unsere Zahlstelle hat in wenigen Monaten einen ganz erstaunlichen Anstieg genommen. Im August vorigen Jahres nach einem Rekrut der Kollegen Rechnung mit 60 Mitgliedern gegenüber, zählt sie heute schon 180 Mitglieder. Und da der größte Sicherheitsfaktor des Verbandes, Direktor Gerlach, jetzt gestorben ist, dürfen wir auf einen noch rascheren Fortschritt für die nächste Zeit rechnen. — Schon vor 8 Jahren hatte ein Teil der hiesigen Fabrikarbeiter den Versuch gemacht, sich dem Verbands anzuschließen, aber der Direktor zwang die Eingetretenen, sich sofort wieder abzumelden. Und die Arbeiter waren nicht stark genug, sich dem zu widersetzen. Die Folge war, daß sie heute noch teilweise nur 15 bis 16 Mk pro Woche bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit verdienen. Wenn die Kollegen nunmehr treu zum Verbands halten, werden die Erfolge nicht ausbleiben.

Göppingen. Am Sonntag, dem 29. Januar, fand unsere jährliche Generalversammlung statt, welche gorbühnig war. Kollege Wirthard hat eine einleitende dem ersten Vorsitzenden der Zahlstelle für seine jahrelange anerkennende Tätigkeit den Dank der Mitglieder ab, dabei hervorhebend, daß der Kollege in dieser Zeit schon manche Stellung durch sein ehrenwürdiges Wirken verloren habe. Kollege Rögel sprach hierauf seinen Dank für die Gewährung aus und betonte, er halte es für seine Pflicht, für den Verband zu arbeiten, soweit es in seinen Kräften stehe, und werde das auch in Zukunft tun. Er gab dann einen Überblick über das abgelaufene Geschäftsjahr. Die Angaben sind mit ziemlich großen finanziellen Opfern verbunden, weil unsere Zahlstelle in drei Oberämtern die Agitation zu betreiben habe. Die Propaganda wurde dadurch erleichtert, wenn die Gemeindevorstände ihrer Pflicht mehr nachkommen würden, als dies im letzter Zeit der Fall war. Bei der Firma Genter dürfte es besser werden in Bezug auf die Löhne, wenn die dortigen Arbeiter Kampf für Mann organisiert wären. Letzter hat ein großes Arbeitsgebiet in Konsumvereinen. Auch in der Gewerkschaft Erlangen läßt der Lohn viel zu wünschen übrig; es werden dort noch 28-32 Pf. pro Stunde bezahlt, also Löhne, welche den heutigen wirtschaftlichen Anforderungen in keiner Weise entsprechen. Dem sind es gerade die einkommensschwachen Arbeiter, welche schwer für die Organisation zu gewinnen sind. Anzumerken noch, daß in der Zahlstelle von 978 Mitgliedern 1000 sind, was ein Zeichen für die Tätigkeit der Zahlstelle ist, was wir sehr gut loben können. Für diese Arbeiter wäre es besser, sie würden sich dem Verbands anschließen, als dem Gemeindevorstand anzuhalten. — Die Einnahmen der Zahlstelle betragen sich auf 5358,65 Mk., die Ausgaben auf 2401,85 Mk. abgezinst wurden an die Zahlstelle 2563,50 Mk. Der Kassierer bewies die Rechnung, die verschiedene Kollegen haben, die Beiträge werden nach Vorberechnung abgezinst und wir bekommen nichts, ist hinsichtlich, indem ein großer Teil der Einnahmen wieder an die Mitglieder zurückgegeben ist.

Hamburg. Am 20. Januar fand die Zahlstelle eine außerordentliche Sitzung im Saale des verstorbenen Geschäftsrates zu veranstalten. Die Mitgliederzahl betrug im Laufe des Jahres von 9237 auf 10 210, das ist ein Zuwachs von 973 Mitgliedern. Zusammenfassend wurden im Laufe des Jahres 1908 vollzogen. Wenn von den Konsumvereinen nur ein geringer Prozentsatz an die Organisation getreten würde, so wäre dies, das auch ein erhebliches Stück Arbeit zu verrichten ist, um die verschiedenen Konsumvereine und die Hochkonsumisten gewonnen für die Organisation zu erhalten. Aufgabe der Konsumvereine wird es sein, durch unermüdete und verständige Bemühungen in den Betrieben dahin zu wirken, die Arbeiter anzulocken und sie anzuhalten, ihre Pflicht zu erfüllen. Die Wirkung von Betrieben hat ebenfalls zur Ermöglichung der Organisation beigetragen. Auch hier gibt es durch Ermahnung von Kollegen, die bevorzugen die bestimmte Forderung, das Interesse für die Organisation zu haben. Der wertvolle Aufschwung der Mitgliederzahl kommt auch in einer Generalversammlung der verschiedenen Gewerkschaften in den Jahren 1908 und 1909 zum Ausdruck. Insgesamt sind im Jahre 1909 417 429 Gewerkschaften zusammengeschlossen, von denen 100000 Mitglieder bestanden. Im Jahre 1910 wurden 487 439 Gewerkschaften bestanden. Das ist ein Mehr von 50 000 Mitgliedern. Fast erhebliche Gewinne wurden im Laufe des Jahres an Arbeitslosenunterstützung (14 599 06 Mk.) und an Arbeitslosenunterstützung (28 110 95 Mk.) veranschlagt. Der wirtschaftliche Aufschwung des Jahres 1910 trug dazu bei, auch in den Betrieben der hiesigen Arbeiter, der zur Bildung gekommenen Arbeiterkollegen, die mit der getrennten Lage wieder. Im Jahre 1909 wurden 1023 Fälle gemeldet und für 15 152 Tage Arbeitslosigkeit ausgezahlt. Im Jahre 1910 nur 928 Fälle und 11 624 Tage. Die Zahl der gemeldeten Arbeitslosenfälle weist eine Besserung auf. Im Jahre 1909 wurden 1735 Arbeitslose gemeldet und für 28 456 Tage Arbeitslosigkeit ausgezahlt. Im

Jahre 1910 wurden jedoch 2099 Fälle gemeldet und für 32 337 Tage Arbeitslosigkeit ausgezahlt.

Der Vermögensbestand der Zahlstelle zeigt, trotz erheblicher Ausgaben, eine Steigerung. Der Kassenbestand betrug am Schlusse des Jahres 1909 45 347,78 Mk., am 1. Januar 1911 56 706,41 Mk. Mitteln im Mehr von 11 358,63 Mk. An außerordentlichen und Streifenunterstützung wurden im Jahre 1910 aus Lotalmitteln 6087,40 Mk. verausgabt.

Ein recht günstiges Bild zeigen die geführten Lohnbewegungen. Ueberall, wo nur irgendwie auf Grund der Organisations- und Konjunkturverhältnisse die Möglichkeit eines ausföhrlichen Vorgehens gegeben war, wurde ein Vorstoß zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen unternommen. In der chemischen, Speise- und Margarine-Industrie wurden recht erhebliche Vorteile für die in Betracht kommenden Kollegen und Kolleginnen erzielt. Fast alle Bewegungen wurden durch Verhandlungen erledigt. Für 1597 Kollegen und Kolleginnen wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit pro Woche von einer bis sechs Stunden erreicht, darunter für 35 Mitglieder der Kaffeebunttag. Außerdem wurde für 850 Mitglieder ein jährlicher Erholungsurlaub bis zu 6 Tagen unter Zahlung des Lohnes errungen. Für 2099 Mitglieder wurde eine Erhöhung des Wochenverdienstes von 60 Pf. bis zu 4,80 Mk. erzielt, und für 696 Beteiligte eine Verbesserung der Ueberleitungsansprüche. Für 9 Betriebe mit 1800 Beschäftigten wurden die Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Durch Eingaben an Firmen und Gewerbeinspektion wurden auch in einer Anzahl Betriebe sanitäre Verbesserungen bezüglich der Arbeits- und Frühstücksräume, wie auch Wasch- und Badebelegenheiten eingeföhrt. Mögen die Mitglieder die im Jahre 1910 erzielten Erfolge ausnützen, dann wird es auch im Laufe des Jahres 1911 gelingen, die Mitgliederzahl noch weiter zu erhöhen.

Göcht. Unsere Zahlstelle hat im abgelaufenen Jahre eine äußerst rege Tätigkeit entfaltet. Es wurden 41 Mitglieder, 37 Betriebs-, 15 öffentliche und 1 Frauenversammlung abgeh. en. Hausagitationen wurden mehrere veranstaltet. Das Resultat dieser emsigen Arbeit, die noch durch 6000 Flugblätter für die chemischen Arbeiter und 1000 für die Arbeiterinnen in den Staniollapfelsfabriken unterstützt wurde, ist denn auch ein beachtlicher Erfolg, daß man der Zahlstelle für das neue Jahr nur wieder einen solchen wünschen möchte. Die Mitgliederzahl ist von 655 auf 1335 gestiegen, darunter 84 weibliche gegen 13 im Vorjahr. Diese Zunahme kommt auch in den Kassenrechnungen zum Ausdruck. Der Kassenbestand betrug 51 482 gegen 30 995 im Vorjahre, und das dafür eingenommene Geld ohne die Lotaleiträge rund 21 880 Mk. Die Einnahmen der Lotallasse betragen einschließlich 3119 Mk. Kassenbestand 12 469 Mk. Der Hauptvorstand belam 11 074,83 Mk. In Erwerbslose wurde gezahlt: 146 Mk. für Durchreisende, am Orte 726,80 Mk., an frante Kollegen 2575,60 Mk., an Gemahregelte 217 Mk. und an Streikende 2689,89 Mk. Aus der Lotallasse gab es Zuschüsse an Erwerbslose 1069,75 Mk., an Durchreisende 134,50 Mk., Streifenunterstützung 1520,20 Mk. Die Situation ist sehr groß; von den 1181 Neuaufgenommenen ist ein großer Teil wieder abgewickelt oder gestrichen worden. An Lohnbewegungen war ein Teil der Kollegen in den Lahmeyer-Werken beteiligt. Die in Nieb wohnhaften Kollegen haben sich im Juni sehr standhaft bei der Bewegung in der chemischen Fabrik Elektron gezeigt. Bei dem Streit der Arbeiter und Arbeiterinnen der Staniollapfelsfabrik in Epplein hat die Organisation einen schönen Erfolg zu verzeichnen; der Durchschnitt der Lohnzulage beträgt pro Arbeiter 1,15 Mk. pro Woche, außerdem wurde ein Urlaub von drei Tagen für die Arbeiter eingeföhrt, die 10 Jahre im Betrieb tätig sind. Die Fortwahrskontrolle hat den Arbeitern Lohnzulagen gewährt, die auch auf die Tätigkeit des Verbandes zurückzuführen sind.

Mannheim. Die Spiegelmanufaktur Baldböf zählt zu denjenigen Betrieben, wo die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im allgemeinen als rückständig bezeichnet werden können. Eine sogenannte Wohlthat der Unternehmern, die Arbeiterwohnungen, sind ein Heilmittel in der Bewegungsfreiheit der Arbeiter geworden. Die Wohlthat, im Besitze einer meisterten Wohnung zu sein, haben schon manche Arbeiter bitter büßen müssen. Arbeiter mit einer über 20jährigen Dienstzeit sind herausgeworfen worden und waren gezwungen, innerhalb 14 Tagen die innegehabte Werkwohnung zu räumen. Das Ueberfließen steht in diesem Betriebe in hoher Würde; eine besondere Vergütung für dieselben wird nicht gewährt. Daß aber die Arbeiter sich widerstandlos zu einer übermäßigen Ausnützung ihrer Arbeitskraft mitbrauchen lassen, ist als eine große Rückständigkeit der Arbeiter selbst zu betrachten. Die Zeit wird noch heran kommen, wo sich die Folgen, und zwar zumunten der Arbeiter und ihrer Familien bemerkbar machen. Erst dann, aber zu spät, werden die Arbeiter einsehen, daß sie sich in ihrer Blüthezeit zu einer schrankenlosen Ausbeutung des Unternehmers hergegeben und sich selbst einen frühen Stöchtum überliefert haben. Die einzelnen Paragraphen der Arbeitsordnung beweisen zur Genüge, daß die Arbeiter dieses Betriebes nicht auf der Höhe der Zeit stehen und sich um die Wahrnehmung ihrer Interessen nicht bekümmern. Die Rücksichtung gesellschaftlicher Bestimmungen (§ 616 B. G. B.) durch die Unternehmer kommt auch hier zum Ausdruck, heißt es doch in dem § 7 der A. O., daß eine Entschädigung nicht eintritt, selbst wenn Verhältnisse einschuldbar und von nicht erheblicher Dauer sind. Die vorgezeichneten Pausen können nach der Angabe der Arbeiter vielfach nicht eingehalten werden. Wer mehr als 15 Minuten zu spät kommt, verliert den Anspruch auf Weiterbeschäftigung an dem betreffenden halben Tage. Derart rigorose Bestimmungen trifft man selten in einer Arbeitsordnung. Der § 28 der A. O. ist ohne Zweifel der rückständigste, den die Arbeitsordnung aufzuzweisen hat. Nach den Bestimmungen derselben erhält jeder Arbeiter den bis Ende des Monats verdienten Lohn nach Schluß der Abrechnung, spätestens am 6. des folgenden Monats, in barem Gelde ausbezahlt. Am 18. jeden Monats ist jeder Arbeiter berechtigt, Voranschlag zu nehmen, und zwar bis zu 2 Mk. pro Arbeitswoche. Wie in der ersten Hälfte des Monats geleisteten Arbeitsleistung. Also bis zu 2 Mk. Voranschlag pro Tag können die Arbeiter erhalten, und das hierauf verfahren wird, erstellt daraus, daß Beträge von 20-25 Mk. ausbezahlt werden. Waren nun die Arbeiter vollzählig und Woche für Woche zur Entnahme von Voranschlag angetreten, dann wäre auch ohne weiteres die Firma zur Einsticht gekommen, den verdienten Lohn den Arbeitern in einer kürzeren Frist auszahlen zu müssen, als dieses der Fall ist, so arbeiten aber die Firma mit dem verdienten Gelde der Arbeiter und nicht daraus den Nutzen. Die Arbeitstische sind teilweise ohnehin gering, denn die Spindelarbeiter erhalten pro Tag 2,80 Mk. und die Mühlenarbeiter 3,20 Mk.; zu diesen Löhnen kommen dann noch Wohnungszuschüsse von 40 bis 60 Pf. pro Tag, wenn der Arbeiter eine Fabrikwohnung nicht inne hat. Vergütigungen räumt man allerdings den Arbeitern ein, und zwar dasingehend, daß den Arbeitern Waren aus dem sogenannten Konsumladen der Spiegelfabrik auf Berg abgegeben werden. Die Abgabe von Waren richtet sich nach dem Verdienst der Arbeiter, um einer Ueberforderung vorzubeugen. Da die Waren kaum billiger sind als in den andern Geschäften, so erlangen wir uns einmal die Anfrage, zu was wird der Ueberzuschuß, denn ein solcher wird sich ohne Zweifel ergeben, verwendet? Strafen und Abzüge bei Bruch usw. gibt es reichlich. Als Arbeiterausgleich blüht im Verborgenen der Krankenversicherung. Dieser Ausgleich wird auf die Dauer von 4 Jahren gewährt, jedoch werden die event. Ersatzwahlen zu demselben in den jährlichen Generalversammlungen vorgenommen. Von irgendeiner Tätigkeit des Arbeiterausgleiches haben die Arbeiter nach nichts gehört, eine Forderung zwischen Arbeiterausgleich und Arbeiterschaft ist gar nicht vorhanden. Neben den rückständigen Bestimmungen der Arbeitsordnung sind noch sonstige Mißstände vorhanden, die zu behebigen Aufgabe der Arbeiterschaft sein müßte. Eine größere Anzahl der Arbeiter sind Mitglieder des Christlich-Sozialen Gewerksvereins der Fabrik- und Handarbeiter. Obwohl Mitglieder mit einer 20- bis 25jährigen Mitgliedschaft in Betracht kommen, hat sich diese Arbeiterorganisation noch niemals als die wirtschaftlichen Kampforganisation der Mitglieder gekennet, höchstens das Kronenunterstützung an die Mitglieder ausgezahlt worden ist. Eine Organisation aber, die damit ihre Verpflichtung den Mitgliedern gegenüber erfüllt, nicht verwirkt das Recht, Anspruch auf den Namen einer Arbeiterorganisation machen zu können. Deshalb rufen wir den Mitgliedern dieser Organisation zu, daß sie ihren Uebertritt in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, damit auch ihre Interessen gewahrt werden können!

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

Als Sekretär zur Bearbeitung der Streiks und Lohnbewegungen ist vom Vorstand und Ausschuß der bisher dem Vorstands als Sekretär angehörnde Kollege Wilh. Stille gewählt.

Als Gauleiter für den Gau 10 ist Kollege Franz Schreiber, Harburg, und für den Gau 11 Kollege Louis Bruns, Hannover, vom Vorstand und Ausschuß gewählt. Den übrigen Bewerbern besten Dank.

Ausföhrung.

Durch die Wahl des bisherigen Sekretärs Wilh. Stille zum Streikleiter ist nun der Sekretärposten frei geworden. Diese Stelle wird hiermit zur Neubesetzung ausgeschrieben. Die Bewerber haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes und der seitherigen Tätigkeit einzusenden. Alter und Datum des Eintritts in den Verband ist anzugeben. Ueber folgendes Thema ist eine Arbeit mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzusenden: „Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“. Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetzgebung haben. Das Anforderungsmaß ist 2000 Mk., steigend um 100 Mk. jährlich bis zum Höchstbetrage von 2700 Mk. Bewerber, welche bereits anderweitig in unserer Organisation in Stellungen gewesen, erhalten die Dienstjahre bei der Gehaltskala angerechnet. Bewerbungen sind bis zum 4. März d. J. einzureichen. Hannover, im Februar 1911.

Für den Vorstand:
A. Frey,
Nicolaistraße 7, Mittelbau.

Vom 14. Februar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Reubedam 2,40, Bremen 1000,—, Verburg 1000,—, Dresden 1,—, Elberfeld 500,—, Hildesheim 400,—, Jahnitz 200,—, Regnitz 100,—, S. A. 5,—, Salze 2,—, Pries 600,—, Viernheim 57,54, Gernsheim 21,72, Neustadt (Ober-Schlesien) 16,76, Waupen 400,—, Jidditow 158,—, Biersfeld 4,50, Flauener Grund 1500,—, Rannheim 1000,—, Reichau 120,—, Reinfelden i. B. 5,10, Hainau 300,—, Rellen 3,—, Adtha 2,23, Freimutau 200,—, Sandbach i. D. 139,75, Geiseldring 43,64, Leipzig 21,50, Straßburg 20,20, Zeuchnitz 12,74, U. G. 12,—, Eilenberg (Sachsen-Altenburg) 10,—, Halle a. S. 9,—.

Schlus: Montag, 20. Februar, mittags 12 Uhr.

Für Druns, Kassierer.
Berichtigung: In Nr. 2 muß es heißen: Dresden 940,40, nicht Flauener Grund.
Die Abrechnung für das 4. Quartal 1910 haben eingefandt: Gernsheim, Hainau, Hirschberg, Neustadt (Ober-Schlesien), Geiseldring.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen.

Einshorn. 5 Pf. pro männliches Mitglied und Woche.
Angegeschlossen sind die seitherigen Mitglieder in Viernheim an die Zahlstelle **Mannheim**, sowie die bisherigen Mitglieder in B. B. L. an die Zahlstelle **Stettin**.

Ausgeschlossen auf Grund des § 14 des Statuts sind die bisherigen Mitglieder der Zahlstelle **Hamburg**: Franz Krzyzanski, Karten-Nr. 140 454, eingetreten am 23. Januar 1911, J. O. H. e, Buch-Nr. 399 028, eingetreten am 15. November 1894, und Herm. Schneider, Buch-Nr. 383 479, eingetreten am 15. November 1908; das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Leipzig**: Adolf Bräcker, Buch-Nr. 191 950, eingetreten am 1. Juli 1906, sowie das bisherige Mitglied der Zahlstelle **Stettin**: August Borchardt, Buch-Nr. 199 186, eingetreten am 27. August 1906.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Bücher:
Nr. 117 195 für Ferdinand Krause, eingetreten am 14. Januar 1906.
Nr. 197 036 für Martin Vestguth, eingetreten am 23. Juli 1906 in Stuttgart.
Nr. 342 119 für Wilhelm Schewe, eingetreten am 20. Mai 1906 in Berlin.
Nr. 302 831 für Friedr. Schulze, eingetreten am 20. November 1908 in Görlitz.
Nr. 355 685 für Christian Pfeiffer.
Nr. 364 835 für Anna Andriens, eingetreten am 27. Juli 1909 in Hensburg.
Nr. 250 736 für Artur Graubner, eingetreten am 1. September 1907 in Hamburg.

Karten:
Nr. 74 168 für Martin Wislusz, eingetreten am 16. April 1910 in Eutin.
Nr. 55 248 für Emma Höck, eingetreten am 18. Dezember 1909 in Augsburg.
Nr. 81 108 für Hermann Häbner, eingetreten am 1. März 1910 in Berlin.
Nr. 68 838 für Kurt Heinke, eingetreten am 9. Februar 1910 in Zeitz.
Nr. 80 391 für Otto Kreyplin, eingetreten am 29. März 1910 in Stettin.
Nr. 137 508 für Eugen Butterfisch, eingetreten am 14. Oktober 1910 in Göcht.
Nr. 112 648 für Margarete Müller, eingetreten am 16. Juli 1910 in Lauf.
Nr. 85 608 für Franz Mäder.
Nr. 107 622 für Johann Wandel, eingetreten am 17. Juni 1910 in Kdln.
Nr. 55 125 für Gustav Kähl.
Nr. 134 169 für Jakob Fölg, eingetreten am 1. November 1910 in Mannheim.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Darby. Otto Bedmann, Brandgasse 12.
Rabe a. d. E. Karl Reich, Mühlburger Straße 99.
Domstisch a. d. Elbe. Karl Reichle, Sandstr. 25, I.
Winden i. Werff. Aug. Müller, Könighr. 225.
Reuteich. Heinrich Pfeiffer.
Hiese a. d. Elbe. Emil Fährer, Fohra b. R. Nr. 9.
Gau 8. Ad. Waier, Nürnberg, Fichtstr. 31, 2. Et. Telefon Nr. 5985.

Briefkasten.

Kollege S. Auf deinem Briefe fehlte die Ortsangabe und der Poststempel war unleserlich, deshalb keine Nachricht. Der Papierartikel folgt in einer der nächsten Nummern.
Reum. Da die besprochenen Betriebe ist unser Verband nicht zuständig.
Domn. Die Zeitungen werden gefandt. Den Bericht können wir leider nicht aufnehmen. Guter Hoffnung schließen wir uns an.
A. F. Die Materialumleitung wird fortgesetzt. Die Statistiken müssen selbstverständlich sofort eingefandt werden.

Derartige menschenunwürdige Verhältnisse in einer solchen Döbdenauische können nur durch eine gute Organisation gebessert werden. Das möge die Arbeiter von Niedervallst befehlen.

Der im Chemikalienwerk in Giesheim an der Wasserdruckpresse beschäftigte Arbeiter Heinrich Wuppert benutzte bei der Arbeit Platten, die bis zu zwei Zentnern wiegen. Einige bessere gestellte Platten lauten, weil bei dem Heranschaffen neuer Platten die nötige Vorkehrung außer Acht gelassen wurde, ins Wanken, fielen um und verletzten Wuppert schwer.

Unfall-Vergiftung. Am 11. Februar brach ein Arbeiter der Höchster Farbwerke auf dem Trottoir plötzlich bewusstlos zusammen. Sein Gesicht hatte eine ganz gelbe Färbung angenommen. Mit dem Krankenwagen wurde er in das städtische Krankenhaus transportiert.

Zement- und Ziegel-Industrie

Der Ziegelmarkt im Januar 1911.

Die Berichte vom Ziegelmarkt lassen im allgemeinen eine weitere Besserung der Geschäftslage und der Ziegelpreise erkennen. Der Absatz ist mit geringen Ausnahmen als gut zu bezeichnen; in einigen Gegenden sind die Ziegelvorräte sogar schon vollständig geräumt oder doch veräußert, so daß mit einem früheren Beginn der Kampagne gerechnet wird, sofern es die Witterung gestattet. Wir lassen die Berichte der einzelnen Orte, die wir der „Landwirtschafts-Zeitung“ und der „Deutschen Lärper- und Ziegler-Zeitung“ entnehmen, im wesentlichen hier folgen.

Königsberg i. Pr. Hintermauerungsziegel und Dachziegel finden beträchtlichen Absatz. Infolge Vereinbarung zwischen den Fabrikanten und Händlern werden zwar bessere Preise erzielt, doch noch wie vor durch Kalksteinsteine beeinflusst. Infolge des milden Winters kommen größere Mengen Hintermauerungsziegel zur Verwendung. Der Lagerbestand hieron ist nicht sehr groß. Die Ausfichten sind gut.

Für das Frühjahr sind mehrere öffentliche und private Bauten geplant, für welche die hiesigen Ziegelerien nicht genügend Hintermauerungsziegel liefern können. Es werden deshalb auswärtige Werke herangezogen.

Allenstein (Lippr.). Durch den Krieg, der wieder auf zwei Jahre verlängert wurde, sind die Preise und Zahlungsbedingungen geregelt. Die Zahlungen erfolgen meistens bar. Die Ausfichten für das Frühjahr sind nicht ungünstig.

Olga u. Der Ziegelabsatz ging gut voran, so daß sich größere Lager nicht ansammeln konnten. Seit ein zeitiges Frühjahr ein, so werden sämtliche Bestände schnell geräumt sein, da große Anforderungen durch die vielen Neubauten, die in der neuen Baukampagne erforderlich sind, gestellt werden. Die Marktlage bleibt sehr gut. Auch in Kalksteinblöcken ist ein gutes Geschäft zu erwarten. Die Preise steigen auswärts, soweit neue Abhältnisse in Frage kommen. Die Ausfichten bleiben sehr günstig, und es ist nicht anzunehmen, daß sich diese im Jahre 1911 ändern werden.

Ostpreußen. Die eingetretene Frostwitter hat zwar dem Weiterbau Einhalt getan, aber die Bauzeit ist geteigert. Eine größere Anzahl Spekulationsbauten sind vorgezogen und ein größerer Erweiterungsbau eines Hotels beschlossen worden. Der Bahnhofsumbau wird mehrere Jahre dauern; mit dem Neubau eines Lokomotivschuppens für 58 Stände wird demnächst begonnen werden.

Beuthen (O.-Schl.). Größere Abschlässe wurden bereits eingeleitet, überhaupt vergrößert man sich diesmal ein recht gutes Baujahr. Es wurde ein Ziegelwerk gegründet unter der Firma: „Ester Obergl. Ziegelwerk, G. m. b. H. in Beuthen, O.-Schl.“, das erhöhte Preise festlegte. Die Nachbarräbte Kattowitz, Gleiwitz, Jabrze folgten dem Beispiele und schlossen ebenfalls Syndikate ab. Wesentlich kommen dadurch die Ziegelerien auf ihre Rechnung.

Niederrhein. Die überaus milde Witterung gestattete fast den ganzen Winter hindurch das Arbeiten, ein Stillstand der Bauarbeiten ist überhaupt nicht eingetreten. Demgemäß sind die von der Kunstfabrik für den Winter gemachten Bezüge schon jetzt überall aufgebraucht. Die Schiffahrt war nur verhältnismäßig gehindert, und es sind bei der lebhaftesten Nachfrage schon eine ganze Anzahl Ziegelwerke ausverkauft. Der noch vorräte hat, hält auf Preise.

Sachsen i. W. Die Bauwirtschaft ist zurzeit eine sehr rege, da größere Staatsbauten ausgeführt werden. Es soll z. B. die Landesirrenanstalt Sachgauern erweitert werden, ebenso ist der Bau einer neuen Kreisverwaltungsgemeinschaft genehmigt worden. Die private Bauwirtschaft bleibt ruhig, und es liegt zu hoffen, daß im kommenden Jahr die Ziegelpreise höher werden.

Hamburg. Man neigt allgemein der Ansicht zu, daß im Frühjahr der Absatz und die Preise sich aufbessern werden. 16 Mill. für das laufende Jahrabsatzziel abgeleitet werden sollen. Das entspricht einem Preise von 23—25 Mill. frei Haus. Die man hat, wird in Verbindung mit Hamburg noch eine Kalksteinfabrik geplant, die etwa 20 Millionen Steine jährlich herzustellen wird.

Stade. Die Ziegelerien haben größtenteils zu den alten Anordnungen die Herstellung vergrößert wieder übernommen. In Hintermauerungsziegel, Hannoverer Maß, sind nicht übermäßig große Lagerbestände vorhanden; diese sind veräußert und hatten das Ansehen. Man hofft, daß sich das Geschäft beleben wird.

Lüneburg. Durch den Mangel an Ziegeln, die fast auf allen Ziegelerien geräumt sind, mußten leider verschiedene Bauten unterbrochen werden. Daher wird mit der Ziegelerienkampagne, günstige Witterung vorausgesetzt, wahrscheinlich schon im nächsten Frühjahr begonnen werden. Ein großer Teil der Erzeugung der hiesigen Ziegelerien geht nach Hamburg und Lübeck. Die Preise haben etwa 1—2 Mark für das laufende angezogen. Zahlungen gehen sehr langsam vorwärts. Die Ausfichten für dieses Jahr sind in allen Ziegelerien sehr gut.

Wien. Die Nachfrage nach Steinen und Dachziegeln war sehr gut. Der Absatz war sehr gut, einzelne Ziegelerien sind vollständig ausverkauft. Es ist die Ansicht verbreitet, daß die Lagerbestände mit Beginn der neuen Kampagne geräumt sein werden.

Ostpreußen. Das verhältnismäßig günstige Bauwetter hatte zur Folge, daß der Absatz sich verhältnismäßig gehoben. Die Lagerbestände auf den Ziegelerien sind nicht das normale Quantum. Am 30. Dezember u. J. ist der Wiener Ziegelwerksverein auf weitere 5 Jahre verlängert worden. Von den wenigen Ausnahmen gehören die Ziegelerien des Oesterreichs dem Vereinigung an.

Wien. In dem letzten Bericht wurde, daß für den Winterabsatz die Lage des Ziegelmarktes für das Frühjahr 1911 weit günstiger ist, so kann es abermals in beherrschendem Maße behauptet werden. Selbst die in größeren Entfernungen von Ostpreußen liegenden Großziegelwerke sind nicht mehr in Bedenken, den Anforderungen gerecht zu werden. Die hiesigen Ziegelerien sind durch die für das Frühjahr 1911 angekündigten Preissteigerungen sehr beeinträchtigt. Die Preise für die Ziegelerien sind durch die für das Frühjahr 1911 angekündigten Preissteigerungen sehr beeinträchtigt. Die Preise für die Ziegelerien sind durch die für das Frühjahr 1911 angekündigten Preissteigerungen sehr beeinträchtigt.

Wien. Die vom 16. April bis 23. Juni 1910 bewirkte allgemeine Absenkung der Bauarbeiten hat auch den Wiener Ziegelerien Schaden gebracht, da diese sich nur an den Arbeiterern im Bauwesen zuwenden konnten. Die Ziegelerien haben mit dem Bauwesen einen sehr guten Kontakt. Die Ziegelerien haben mit dem Bauwesen einen sehr guten Kontakt. Die Ziegelerien haben mit dem Bauwesen einen sehr guten Kontakt.

Der Absatz war befriedigend. Auch die wenigen außerhalb der Konvention arbeitenden Ziegelerien haben ihre Erzeugnisse glatt zur Ablieferung gebracht und nur kleine Vorräte liegen. Um den starken Bedarf zu decken, sind von weiter entfernt liegenden Orten größere Posten Ziegel mit der Bahn nach hier gebracht worden. Die Ausfichten für 1911 sind sehr günstig, da für öffentliche Bauten, darunter der Krankenhausneubau und drei Schulen, größerer Bedarf sein wird; auch die private Bauwirtschaft scheint lebhaft einzusetzen, wie Abträge im Stadtmuseum und die Ausschreibungen beweisen.

Gerzfeld. Die private sowohl wie die öffentliche Bauwirtschaft sind augenblicklich still. Der Absatz von Hintermauerungsziegeln, Ziegeln und Dachziegeln ist gut. Auf den Ziegelerien herrscht Winterbetrieb. Bestände sind nirgends vorhanden. Die Ausfichten sind augenblicklich gut.

Pawesin. Die Bauwirtschaft läßt sich gut an, denn es laufen viel Aufträge nach greifbarer Ware ein. Die Vorräte sind hier nur unbedeutend. Der Absatz von Hintermauerungsziegeln auf dem Bahnwege ist gut. Die Preise steigen.

Frankfurt a. M. Durch den regen Geschäftsgang im verfloffenen Herbst sind die geringen Vorräte ziemlich aufgebraucht und im Frühjahr wohl eine Preissteigerung bezw. Steinmangel, bis es neue Ware gibt, eintreten. In manchen Orten ist der Vorrat ganz vergriffen.

Mainz. Die Preise gestatteten kleine Erhöhungen. Die Lagerbestände sind nicht groß. Bei einigen Werken dürften sie kaum bis zur Neuerzeugung ausreichen.

Karlsruhe. Die Bauwirtschaft ist besser geworden. Hintermauerungsziegel sind begehrt. Die Preise steigen an, wie überhaupt im allgemeinen ein lebhafteres Geschäft zu verzeichnen ist, wenn der Betrieb auf den Ziegelerien gegenwärtig auch ziemlich ruhig ist. Die Lagerbestände sind den Rhein entlang knapp. Die Ausfichten auf Absatz sind gut.

Südt. Der eingetretene Frost brachte das Baugeschäft zum Stillstand. Die Preise für Hintermauerungssteine, Klinker und Formmauersteine waren um etwa 3 Mill. höher als im Jahre 1910; für die übrigen Produkte, wie Dachziegel, unverändert.

Gerz. Die Witterung hat der Bauwirtschaft bisher keine Schranken gezogen; infolgedessen war der Ziegelabsatz wider Erwarten bis zum Jahreschluss recht lebhaft. Die Vorräte sind teilweise zusammengeführt und dürfen bis zum Frühjahr glatt geräumt werden. Man ist daher der ausserordentlichen Nachfrage gegenüber zurückhaltend. Dachziegel wurden sehr viel gekauft, so daß die betreffenden Werke kaum liefern konnten. Preise und Zahlungsbedingungen sind mit dem Arbeitgeberverband für das Baugeschäft vereinbart; ertere betragen für dieses Jahr 1 Mill. für das Tausend mehr, doch müssen 0,20 Mill. an die Kasse des Vereins abgeführt werden.

Weniger günstige Nachrichten werden aus den Ziegelerien von Gießen und Heiden, ferner aus Thüringen und Bayern gemeldet, die jedoch die Besserung der gesamten Geschäftslage wenig beeinflussen. Im allgemeinen kann auf eine Ziegelkampagne gerechnet werden, die den Ziegelerien genügend Arbeit und den Ziegelerien reichlichen Gewinn bringt. Wollen die Arbeiter aber auch an dem Gewinn teilnehmen, so kann das nur geschehen, indem sie durch den Ausbau ihrer Organisation den Vorrat der Ziegelerienverbände — im Jahre 1911 keine Lohnherhöhung zu gewähren — zurückhalten.

Ziegelerienarbeiter.

Schon des öfteren haben wir an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß die Befolgung der Ziegelerienarbeiter für zahllose Ziegelerien eine Bereicherungswelt bildet, deren Ergiebigkeit von der Gleichgültigkeit der Arbeiter begrenzt wird. Daß den Arbeitern für gutes Geld vielfach eine ungenießbare Kost vorgesetzt wird, indem die Meister die minderwertigen, nicht selten verdorbenen Waren von den Lieferanten willig und natürlich auch billig hinnehmen, ist bekannt. Unbekannt dürfte aber sein, daß den Arbeitern Fleisch von einem verendeten Tier vorgesetzt wurde. Diese fast unglückliche Tatsache hat sich, wie Augenzeugen berichten, im vorigen Sommer in der Ziegelerie Huelst in Borna bei Chemnitz zugezogen. Eine Ziegelerie, dem Ziegelermeister Hermann Saal aus Wöllensdorf, war in der Nähe der Ziegelerie zum Weiden angebunden. Nach einiger Zeit bemerkte ein Arbeiter, daß die Ziegelerie an der Lehmannswand zwischen Himmel und Erde baumelte und kleinerer Lebenszeitigen mehr vor sich gab. Die Ziegelerie war jedenfalls der Ziegelerie zu nahe gekommen und heruntergefallen, wodurch sie sich selbst erhängte. Auf Befehl des Meisters Saal mußte ein Arbeiter der toten Ziegelerie Huelst in den Hals durchschneiden, und zwar in einer vom Meister bestimmten Gasse, damit es niemand sehen sollte. Am anderen Tag aber, an einem Sonntag, zierte ein Ziegelerienarbeiter die Tafel der Arbeiter. Die Einwendungen der Arbeiter wurden mit den Redensarten abgetan, die Ziegelerie sei ja nicht krank gewesen, sie sei auch nicht krepiert, sondern sie habe sich nur aufgehängt.

Mit der Kreislage soll es in diesem Betriebe ebenfalls mangelhaft bestellt sein. Die Karottelbörse sollen zuweilen im Ziegelerien untergebracht sein, so daß von den Ziegelerien verunreinigt werden Ein Arbeiter, der sich darüber beschwerte, erhielt vom Meister zur Antwort, wenn es nicht passe, könne gehen. Als im vorigen Frühjahr die Eimer, die als Wasserabfuhr dienen, zum Treten des Daches verwendet wurden, meinte der Meister, die Arbeiter könnten sich ja keine Heringsbüchsen auf dem in der Nähe befindlichen Schutthausen suchen und sich darin waschen. — Es ist dies derselbe Meister Saal, der kürzlich einigen Kollegen das Anrecht machte, aus untern Verbände auszutreten und ihnen dafür einen höheren Lohn versprach. Der Herr ist sich wohl bewußt, daß mit dem Entfallen unserer Organisation unter den Ziegelerienarbeiten eine derartige Behandlung der Arbeiter nicht mehr möglich ist. Den Arbeitern wird durch diese Vorgänge von neuem der Weg zur Organisation gezeigt, und je zahlreicher sie diesen Weg beschreiten, um so eher werden sie sich frei machen können von aller Abhängigkeit ihrer Meisterherren.

Verstärkter Arbeiter in einer Zogrube.

In einer Zogrube bei Wernsdorf wurden kürzlich zwei Arbeiter beschützt, welche jedoch, nachdem sie 11 1/2 Tage in 25 Meter Tiefe zugebracht hatten, lebendig wieder ans Tageslicht gebracht werden konnten. Dieselben hatten sich in der Zogrube gefangen tagelang von Siderwasser genährt. In den letzten Tagen hatte man ihnen auch Nahrung zuführen können. Die beiden Arbeiter waren bei ihrer Rettung lebend, jedoch bei vollem Bewußtsein und genossen mit Befriedigung die dargereichten Lebensmittel.

Kogel Syndikat.

Die Herrschaften der Konventions- und Syndikatswirtschaft sind oft recht feingebildet. Besonders die Zementindustrie hat dies in den letzten Jahren recht deutlich bewiesen. Die glänzenden Gewinne, die da herausgeholt worden sind, haben zu einer Überproduktion an Zementwerken geführt. Die Preiskonventionen werden nun jezt zum Teil, um recht anständigen Preisen einen sicheren Halt zu geben, mit ungeheurer Härte durchzuführen. Der wichtigste Beweis für die Konventionspolitik ist das Rheinisch-Westfälische Zement Syndikat. Ganz da vor einiger Zeit die Fabrik Martin Neubach gegen die Konventionsbestimmungen des vorgenannten Syndikats gründlich verstoßen. Um ihre Überstöße an Material los zu werden, manövrierte sie heimlich 500 Doppelwagen Zement in das Syndikatsgebiet, ohne der Verkaufsgemeinschaft davon etwas mitzuteilen. Die Konventionsbestimmungen lauteten auf mehrere 100 000 Mill. In einem andern Falle hatte die Fabrik Werra-Union vermagwidrig Fortlandement an eine Konkurrenz des Syndikats, die Fabrik Harjes & Bender, Kupferberg, in anständigen Mengen geliefert. Die Syndikatsjurisdiktion hier auf 487 000 Mill. Kürzlich hatte man noch die „Meteor“, Zementwerke, die ebenfalls dem Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikat angehört, auf eine Sondermarke fabriziert, die sie als nicht unter die Syndikatsbestimmungen fallend auf eigene Faust betrieb. Unter anderem lieferte sie diese Marke „Meteor Extra“ auch an die Süddeutsche Zementvertriebsstelle in Heidelberg. Richtigst verweigerte diese die Annahme des Zements unter der Begründung, daß sie dem Rheinisch-Westfälischen Zement Syndikat ebenfalls lizenziert ist und nicht zulassen könne, daß lizenziert durch eine der Konvention angehörende Firma ohne Genehmigung des Syndikatspreis verkauft werde. Die Konventionsbestimmungen verweigerte die Vertriebsstelle darauf auf Abnahme des Zements. Im Nachhinein, der bis zum Schluss durchgeführt wurde, lieferte aber die Meteorfirma recht. Daran hielt sie sich nun wieder das Syndikat nicht und schloß, daß die Meteorfirma wegen vorzüglicher

Verlieferung von „Meteor Extra“ an die Eisenbahndirektion Köln im Jahre 1910 eine Strafe von 2000 Mill. für jede 10 000 gelieferte Kilogramm an die Syndikatsjurisdiktion abzuliefern habe. Vorläufig sollten 50 000 Mill. eingezogen werden. Als die Meteorfirma den Angeklagten des Syndikats die Bücher nicht gleich vorlegte, „verurteilte“ man sie nochmals für jeden Fall der Verlieferung zu 20 000 Mill. Geldstrafe. Bei den Meteorwerken sollte ein Exemplar statuiert werden, während man es sonst nicht so genau genommen hätte. Bei den andern Zementfabriken gegen die Syndikatsbestimmungen hatte man zwar die Strafen „ausgeschrieben“, sie aber nur zu einem Bruchteil erhoben! Einmal statt mehrere Hunderttausend Mark nur 30 000 Mill. und im andern Falle statt 487 000 Mill. nur 33 000 Mill. Im übrigen waren beide Augen zugedrückt worden. In einem Falle wohl deshalb, weil der Vorstand der Fabrik Werra selbst dem Aufsichtsrat und den geschäftsführenden Ausschüsse des Syndikats angehört. Da er so Angeklagter und Kläger des Syndikats zugleich war, ist wahrscheinlich die Einigung sehr leicht geworden. Bei der Meteorfabrik ist aber dies nicht gegangen, und deswegen kämpft man jetzt um die Einziehung der vollen Strafe. Im Mitteldeutschen Zement Syndikat geht es überdies ähnlich zu. Hier mußten kürzlich wegen Nichtachtung der Syndikatspreise durch die Mitglieder achtmal hohe Strafen ausgesprochen werden. Ob sie erhoben sind weiß man nicht genau. Die bekannte Berlin-Hamburger Zementfabrik Wegener, die sich dem Mitteldeutschen Syndikat ebenfalls angeschlossen hat, ist mittlerweile in Thüringen und Bayern mit um 50 Mill. billigeren Preisen pro Waggon auf den Plan gekommen. Und dagegen können alle Preisbestimmungen auch weiterhin nichts nützen. Die Sache selbst zeigt, wie auch bei den größeren und größten Syndikaten mitunter gemogelt wird, was insofern bedauerlich ist, als dies in der Regel auf Kosten der Arbeiter geschieht.

Zusammenschluß der Harzer Gipsfabriken.

Seit Jahren werden in der Gipsindustrie außerordentlich niedrige Löhne gezahlt. Jede Forderung der Arbeiter wurde von den Unternehmern mit dem Hinweis auf die niedrigen Verkaufspreise und auf die gleich niedrigen Arbeitslöhne bei den Konkurrenzbetrieben abgetan. Die Ausrede, mit den niedrigen Preisen dürfe aber nur halb hinfällig werden. Den Bewähren des Fabrikbesizers Hans Schimpf in Osterode ist es nämlich gelungen, zur Aufbesserung der Gipspreise die vier größten Gipsfabriken des Harzes zu vereinigen. Die neue Verkaufsvereinbarung wird aus der „Deutschen Gips-Kompagnie“ G. m. b. H. in Kohnstein, den Harzer Gipswerken Robert Schimpf Söhne in Osterode, der Gipsfabrik G. Peters bei Badendhausen und der Gipsfabrik Gebr. Rodewig in Wadenhausen gebildet und ist unter dem Namen „Vereinigung Harzer Gipswerke, G. m. b. H.“ eingetragten. Die Vereinigung hofft auch die übrigen Gipsfabriken noch zum Anschluß bewegen zu können, um dann eine einheitliche Erhöhung des Gipspreises vornehmen zu können. Für die in den Gipsfabriken beschäftigten Arbeiter möge dieser Hinweis genügen, um ihnen in Erinnerung zu bringen, daß auch sie nur durch die Vereinigung einen höheren Preis für ihre Arbeit erringen können. Das Vorgehen der Gipsfabrikanten sei ihnen ein Beispiel.

Verschiedene Industrien

Ein „Rusterbetrieb“.

Eine recht schmierige Bude jenseits des Altpflanzens von Hopp u. Köhlig in Ammendorf bei Halle zu sein. Von dortigen Betrieben ist man, da sie Ort- und Territorien und Altpflanz verarbeiteten, etwas schmierig gewöhnt. Wird aber die Reinigung nur mangelhaft besorgt, wie es in diesem Betriebe der Fall zu sein scheint, dann „wächst“ Tred und Schmutz zueinander. Bei der Arbeit entwickeln sich stinkende und heftige Dämpfe, welche an der Entstehungsstelle nicht genügend abgeleitet werden und deshalb die Arbeiterräume erfüllen. Die eigentlichen Fenster sind mit Steinen vermauert, und die über denselben befindlichen halbrunden Böden können nicht als Fenster gelten. Beim Brechen und Mahlen der Steine entsteht ein furchbarer Staub. Die dort beschäftigten Arbeiter haben sehr unter dem schmutzigen, die Augen schädigenden Staub zu leiden, der sich ganz dicht auf ihren Kleidern und dem Körper ablagert. Mit Hand- und Fußarbeit liegt es sehr windig aus. In schmutzigen, von Fett und Öl verunreinigten Eimern waschen sich 15 bis 20 Personen. Um eine notwendige Reinigung der Hände zu erzielen, muß das Wasser mit glühendem Eisen erwärmt werden, weil keine Warmwasser-Vorrichtung vorhanden ist. Ein Badraum ohne Badeeinrichtung ist ebenfalls vorhanden; er dient aber zu höheren Zwecken — als Lagerraum. Der Umkleerraum reicht nur für einen Teil der Arbeiter aus als Aufenthaltsraum während der Pausen aus. Im Bau links der Straße herrscht der Vorarbeiter Dies, dem es anstehen nur dann wohl ist, wenn er bis an die Ohren im Altpflanzendreck steht. Der Bau rechts der Straße dient zur Herstellung von Dachpappen. Als Vorarbeiter dieser Räume gilt Herr Wittel, der die Arbeiter mit Klappmesser, Hammer und Axt steuert. Die Arbeiter nehmen das geordnete hin. Auch diese Räume sind von Tred und Schmutz. An diese Räume schließen sich die Feuerungen der Pappspannen und ein Ofen mit Wasserkeffel zum Kochen von Kaffee für die Arbeiter (in der Mittagspause) an. Dieses darf als einzige Vergünstigung angesehen werden. Die Wasserhähne für Trinkwasser sind von Grünspan. Für den zuständigen Gewerkeinspektor wäre es einmal eine dankbare Aufgabe, für Abstellung der Mängel in diesem Betriebe zu sorgen. Soweit sich die Arbeiter entsinnen können, hat eine Revision des Betriebes noch nie stattgefunden.

Ein neues Abfallsyndikat.

Vor Jahresfrist löste sich das Deutsche Abfallsyndikat auf. Die Fabrikanten, welche seitdem stark gesunken und gleichzeitig wurden die Waren teurer. Keine Abfallfabriken kamen in punkto Profit nicht mehr auf ihre Rechnung. Einige derselben hielten sich dadurch, daß sie Abfall als Nebenartikel fabrizierten. Nachdem in mehreren Artikeln der „Gewinnzeitung“ die Neugründung eines Syndikats behandelt wurde, vollzog sich dies in aller Stille am 12. Oktober. Die Preise haben seitdem eine geringe Erhöhung erfahren. Mit dieser werden sich die Fabrikanten aber nicht begnügen und nach Festigung des Syndikats werden mit aller Wahrscheinlichkeit neue Aufschläge folgen. Hoffentlich lernen die Abfallarbeiter daraus, wie notwendig auch für sie die Einigkeit ist, damit ihre künftigen Löhne eine Erhöhung erfahren.

45 Proz. Dividende.

Eine wahre Goldgrube für kapitalistische Drohnen ist die Continental-Gautschou- und Gutta-Percha-Kompagnie in Hannover. Um nicht einerseits in dem von den Arbeitern geschaffenen Mehrwert zu ersticken, andererseits durch eine bedeutende Steigerung der Dividende allzufehr aufzuzehren, hat das Dividendenungeheuer schon wiederholt sein Aktienkapital erhöht. Daß diesen Operationen kein Geldmangel zugrunde lag, ergibt sich aus der Ueberlieferung der neuen Aktien zu dem billigen Kurse von 250 Proz. (die alten Aktien notierten damals ca. 600 Proz.) und aus der hohen vom Aufsichtsrat beschlossenen Dividende von 45 Proz. auf das gesamte Aktienkapital.

Trotzdem also das Aktienkapital im letzten Geschäftsjahr von 6 auf 9 Millionen Mark erhöht wurde, ist die Dividende noch 5 Proz. höher bemessen als im Vorjahre. Würde das Aktienkapital noch das gleiche wie im vorhergehenden Geschäftsjahre, so hätte eine Dividende von 67 1/2 Proz. verteilt werden können! Dabei sind „große Abschreibungen und Rückstellungen“ vorgenommen. — Die Aktionäre machen ein Bombengeschäft doppelter Art. Nicht nur, daß sie mühelos eine höhere Dividende einstreichen: ihre neue, über 1200 Mill. lautende Aktie (auf zwei alte gab es eine neue Aktie zum Kurse von 250 Proz.), für die sie 3000 Mill. gezahlt haben, ist bereits auf 624 Proz. gestiegen, d. h. sie besitzt einen Wert von 7488 Mill. Mit jeder neuen Aktie sind ihnen also außer der Dividende 4488 Mill. in den Schoß gefallen.

Literatur.

Der Klassenkampf des Proletariats. Von Parous. Die unter diesem Gesamttitel erschienenen 6 Bände sind nunmehr zu einem Bande vereinigt und Verlage der Buchhandlung Vorwärts zu einem Bande gelangt. Besonders den Bibliothekern ist die Anschaffung dieses Werkes anzurathen. Preis brosch. 3 Mill., gebunden 3,50 Mill. Zu beziehen in allen Buchhandlungen und Expeditionen.